Einzelpreis 1.50 Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 76.— M., für das übrige Ausland 94.— M.

Mittwoch, den 21. Juni 1922

5. Jahrg. Nummer 251

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18.— M.; einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wie sind die Eisenbahnen rentabel zu gestalten?

Auf die Frage, wie die Eisenbahnen rentabel zu gestalten sind, antwortet die gesamte bürgerliche Presse mit Hinweisen auf die Arbeitsverschwendung beim Staatsbetriebe, insbesondere seit der Revolution, und fordert die Ueberantwortung der Bahnen an eine Privatgesellschaft, die schon für „kaufmännische" Leitung sorgen würde! Darunter versteht man eine schärfere Ausnutzung der Arbeiter durch Verringerung der Arbeiterzahl und Erhöhung der Tarife — beides Maßnahmen, die ihre schweren volkswirtschaftlichen Bedenken haben: Arbeitslosigkeit und Verteuerung der Lebenshaltung. Gewiß muß, solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, mit einer Anpassung der Tarife an die veränderte Wirtschaftslage gerechnet werden, d. h. mit deren Erhöhung, denn es geht einfach nicht an, auf die Dauer die Bevölkerung ein Mehr an Steuern bezahlen zu lassen zugunsten der Eisenbahnverwaltung.

In der Tat ist ja schon in dieser Beziehung manches geschehen, indem die Personentarife im Mai d. J. auf das 15- bis 20fache der Vorkriegszeit gesteigert waren, die Gütertarife gar auf das 55fache. Die Kursdifferenz beträgt aber bei einem Dollarkurse von 280 rund das 66⅔fache, bei einem solchen von 300 das 73fache. Also auch die jüngste Tariferhöhung ist hinter der Goldkursdifferenz, noch mehr hinter der Warenpreisdifferenz, zurückgeblieben. Sehr lehrreiche Zusammenstellungen über das Zurückbleiben der Gütertarife hinter den Warenpreisen bringt das 1. Heft der „Schriften und Mitteilungen" aus dem Reichsverkehrsministerium „Die Reichsbahn". Auf Seite 50 und 51 können wir da nachlesen, daß der Preis bei Fettkohle Ende 1921 das 33,8fache des Vorkriegspreises (Ende 1913) betrug, die Fracht auf 250 Kilometer Entfernung das 26fache, bei Braunkohle das 30- bezw. 21,6fache. Bei Form-, Stabeisen und Grobblechen betrug die Preissteigerung im Durchschnitt das 45fache, die Frachtsteigerung das 22,5fache, für die Ausfuhr das 30- bis 37fache. Bei Baumwolle betrug die Preissteigerung das 93-, die Frachtsteigerung das 29½fache, bei Kartoffeln das 36- und 13fache, bei Roggen das 32- bezw. 21fache. Zucker wertete das 84fache, die Fracht war bloß aufs 21fache gesteigert! Hier also, bei den Gütertarifen, hätte die Reform einzusetzen, wenn die Reichsbahnen rentabel gemacht werden sollen!

Es könnte natürlich der Einwand erhoben werden: alsdann wird doch der „freie Handel", die freie Wirtschaft sofort die Mehrfracht auf die Warenpreise schlagen und also der Bevölkerung das Leben erschweren... Gewiß wird er das versuchen, ob es ihm gelingen wird, ist eine andere Frage. Denn da kommt auch die Kaufkraft der Bevölkerung in Frage, der Widerstand, den sie maßlosen Preiserhöhungen entgegensetzen wird. Die Preiserhöhungen waren möglich, weil man das Höchstmaß der Kaufkraft der Bevölkerung rücksichtslos ausnutzte; hätte man mehr Spesen gehabt, so hätte man trotzdem mit den Preisen nicht höher gehen können und hätte es auch nicht nötig gehabt: Produzenten und Zwischenhandel haben ohnehin unverschämt fett verdient. Der Staat hat es einfach durch die Niedrighaltung der Tarife unterlassen, die Uebergewinne der Unternehmer zu beschneiden! An „Gütertonnenkilometern" sind bereits Dezember 1921 rund 84 Prozent des Durchschnitts im Jahre 1913 geleistet worden.

Auf einem anderen Blatte steht die Frage der Erhöhung der Personenfahrpreise. Hier dürfte zurzeit schon mit einer Erhöhung um das 15- bis 20fache das Maximum erreicht sein, einfach weil Arbeitslöhne und Gehälter doch weit, weit hinter der Preissteigerung für die gesamte Lebenshaltung zurückgeblieben sind, eine Anpassung der Fahrkartenpreise an den Goldkurs zum Zusammenbruch des Personenverkehrs führen müßte.

Wie müden denn heute die Dinge liegen, wenn die Gütertarife der Warenpreissteigerung angepaßt worden wären? Wesentlich ist da ein Vergleich mit den tatsächlichen Einnahmen auf den preußisch-hessischen Eisenbahnen im Jahre 1913. Damals betrug die Einnahme aus dem Personenverkehr 713, aus dem Güterverkehr 1671 Millionen Mark. Setzt man nun den Gütertarif um 25 Prozent höher, entsprechend den (auch in Gold gerechnet) um diesen Betrag höheren Warenpreisen, so käme man bei gleichgebliebenem Güterverkehr auf 1671 + 418 = 2089 Mill. Goldmark aus dem Güterverkehr, bei um ⅓ abgesunkenem Verkehr immer noch auf 1838 Mill. Goldmark. Rechnet man ferner die Einnahmen aus dem Personenverkehr nur zu ¼ der Einnahmen des Jahres 1913, also zu 178 Mill. Goldmark, so hätte man eine Gesamteinnahme von 1838 + 178 = 2016 Mill. Goldmark aus Personen- und Güterverkehr gegenüber einer solchen von 2384 Millionen im Jahre 1913. Das Jahr 1913 ergab aber einen Reinüberschuß von 788 Millionen. Bei gleichgebliebenen Ausgaben hätte man alsdann allein für die preußisch-hessischen Eisenbahnen immer noch einen Reinüberschuß von 420 Millionen Goldmark = rund 30 Milliarden heutiger Papiermark.

Aber, so wird man einwenden, die Ausgaben werden doch, in Gold gerechnet, beträchtlich höhere sein als 1913, schon wegen der Erhöhung des Personals um rund 40 Prozent. Ist dies richtig? Nein. Das Personal wird ja, in Gold gerechnet, ganz beträchtlich schlechter bezahlt! Von einer Annäherung an die Warenpreise ist ganz und gar keine Rede! Die Senkung des Reallohnes hat der Zunahme des Personals reichlich die Wagschale gehalten! Der Haushaltsplan für 1922 sieht für die gesamten deutschen Reichsbahnen nur personale Ausgaben in der Höhe von 42 Milliarden Papiermark, gleich 630 Millionen Goldmark, vor. Ein Zweifel ist allerdings möglich bei den „sächlichen Ausgaben", d. h. den Ausgaben für Kohle, Schienen, rollendes Material. Kohle und Eisen sind der Preissteigerung auf dem Weltmarkte gefolgt, die Preise für Lokomotiven und Waggons nicht (wegen der niedrigen Arbeitslöhne).

Wie ist bezw. wie war nun das Verhältnis der sächlichen und der persönlichen Ausgaben? Im Jahre 1913 betrugen die persönlichen Ausgaben auf den preußisch-hessischen Eisenbahnen 861 Millionen, die sächlichen 826. Die sächlichen teilten sich in drei Unterpositionen: 1. Ausgaben für Beschaffung des Betriebsmaterials: Kohle, Schmieröl usw. Diese machten 1913 238 Millionen Mark aus. Der zweite große „sächliche" Posten betrifft die Beschaffung und den Einbau von Oberbaumaterialien: Schienen, Kleineisenzeug, Schwellen. Hier betrugen 1913 die Materialkosten 117,4 Millionen Mark, die Arbeitslöhne 81,6, sonstige Ausgaben 37 Millionen Mark. Bei den Arbeitslöhnen findet hier sicher eine Ersparnis statt... Der dritte große Ausgabe-

Warnung an die Reichsregierung

Eine Denkschrift der sächsischen Regierung gegen den Brotwucher

Während die Reichsregierung durch die völlig unzulängliche Getreideumlage und durch die den Agrariern darin in Aussicht gestellten höheren Preise den Brotwucher fördert und während der rechtssozialistische preußische Minister des Innern Severing dieser Tage im Landtag über den Wucher sprach, ähnlich dem Bibelwort: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, oder mit anderen Worten: die preußische Regierung wird nichts tun, verlangt die sozialistische sächsische Regierung in einer an die Reichsregierung und an den Reichsrat gerichteten Denkschrift **energische und wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung und für die Sicherstellung der Volksernährung** zu erschwinglichen Preisen.

Einleitend heißt es in der Denkschrift, daß die in den letzten Wochen **sprunghaft sich steigernde Teuerung** alle verantwortlichen Stellen des Reiches und der Länder **mit größter Besorgnis** erfüllen müsse.

Der niedrige Stand der deutschen Valuta rechtfertige die Preissteigerung ebensowenig wie das ökonomische Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Vielmehr stehe fest, daß weite Kreise des Handels in unverantwortlicher Weise sich auf Kosten der Masse der Bevölkerung bereichern und für alle Waren Preise fordern, die in keinem Verhältnis zu den Herstellungskosten zuzüglich der Steuerlasten und einem angemessenen Gewinne stehen. **„Die ungeheure Teuerung der letzten Zeit ist durch keinerlei Lohn- und Gehaltserhöhungen mehr völlig auszugleichen. Das bedeutet, daß eine beständige Herabdrückung der Wirtschaftsschwachen, nur auf Gehalt oder Lohn angewiesenen Menschen stattfindet. Der Unwille gegen eine solche ungerechtfertigte Belastung ist daher im Volke ganz allgemein und droht sich bis zu einer Erhebung zu steigern, die zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt.** Besonders ist das in den dichtbevölkerten Industriegebieten, wie im Freistaat Sachsen der Fall." Schlage die wirtschaftliche Hochkonjunktur um, und setze große Erwerbslosigkeit ein, so wäre die sündhafte Teuerung eine Unerträglichkeit.

Die Hauptschuld an der übermäßigen Preistreiberei liegt heute bei den Erzeugern in den beiden Gebieten der Industrie und Landwirtschaft.

Um eine Herabsetzung der Endpreise zu erreichen, muß deshalb **bei den Erzeugern angefangen** werden.

Zur Bekämpfung der Teuerung werden in der Denkschrift **eine Reihe Abhilfemaßnahmen** vorgeschlagen. Es wird **die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Inlandszucker gefordert.** Die Fabriken, die Schokolade und ähnliche Luxusartikel erzeugen, sollen auf den Bezug von Auslandzucker verwiesen werden. In bezug auf die Verbilligung des Fleisches heißt es, daß auf eine Preissenkung beim Viehhalter und beim Viehhändler hinzuwirken ist.

Für Kartoffeln wird das Umlageverfahren gefordert.

Außerdem möglichst gleichartige und gleichzeitige Notierung durch die Preisbildungsausschüsse; ferner die Forderung **des Abschlusses von Lieferungsverträgen zwischen Erzeugern und Verbraucherorganisationen.**

Ueber die **Getreidepreise** sagt die Denkschrift: „Die sächsische Regierung sieht sich veranlaßt, **die Reichsregierung dringend davor zu warnen, sich durch den Widerstand der Agrarier von der Erhebung einer genügend großen Getreideumlage abhalten zu lassen.** Der Umstand, daß allein der Mehrertrag der Ernte im Jahre 1921 gegenüber dem Jahre 1920 größer war, als die Gesamtmenge der in den Jahren 1921/22 erhobenen Umlage, ist der beste Beweis dafür, daß das Umlageverfahren keineswegs ein erhebliches Opfer für die deutsche Landwirtschaft bedeutet."

Auch mit den **übermäßigen Gewinnen der Industrie,** die die berechtigte Erbitterung des Volkes hervorrufen, befaßt sich die Denkschrift, ebenso mit dem Bodenwucher, und verlangt von der Reichsregierung und vom Reichsrat, daß die geltend gemachten Gründe Beachtung finden. **„Keineswegs darf die Reichsregierung die Dinge weiter so treiben lassen wie bisher.** Unter den Nachwirkungen des Krieges und im Zeichen der Schwankung der Mark ist

unser deutsches Wirtschaftsleben im hohen Maße entartet.

Ein Schieber- und Wuchertum allerübelster Art macht sich breit und zehrt am Marke der Bevölkerung.

Die sächsische Staatsregierung will es nicht unterlassen, die Besorgnis auszusprechen, daß schwere soziale Erschütterungen und politische Wirrnisse entstehen können, wenn die Reichsregierung diese Pflichten nicht rasch genug erkennt und entsprechende Maßnahmen gegen Teuerung und Wucher trifft."

Die Denkschrift der sächsischen Regierung **ist klar und** trifft den Kern der Dinge. Sie kommt angesichts der Beratungen über die Getreideumlage im Reichstage gerade zur rechten Zeit. Wenn **die Preiben des Brotwuchers und ihre Helfershelfer** in den Reihen der Demokraten, des Zentrums und auch der Rechtssozialisten, die allesamt **der arbeitenden Bevölkerung neue Milliardenlasten aufbürden** und diese Milliarden dem Agrariertum in den Rachen werfen wollen, den Mahnruf der sächsischen Regierung nicht verstehen und hören wollen, **so werden sie fühlen müssen.**

*

Auch der preußische Ministerpräsident **Braun** befaßte sich in der gestrigen Sitzung des preußischen Landtages mit der überaus brennenden Frage der wahnsinnigen Teuerung und der Getreideumlage. Nachdem er eingangs seiner Rede darauf hingewiesen, daß die **Löhne der Arbeiter vielleicht um das 25-fache gegenüber der Friedenszeit gestiegen seien, die Preise der Lebensmittel aber um das 60—70-fache und die der wichtigsten Bedarfsartikel wie Kleidung usw. gar um das 80—100-fache,** führte er am Schlusse aus:

„Wir treiben ganz ernsten Zeiten entgegen und diejenigen, die da glauben, sie könnten für das eine Viertel ihrer Getreideernte auf den Konjunkturgewinn nicht verzichten und die nun, weil sie dies glauben, die ganze Volksmasse in eine politische Erregung bringen, spielen mit dem Feuer. Es hat noch immer gezeigt, daß **der hungrige Magen** der schlimmste Revolutionär ist. Verlassen Sie sich darauf: Die Leute, die jetzt politisch denken, wie sie wollen, die mit dieser oder jener Partei bewußt oder unbewußt mitlaufen, sind **in dem Moment, wo sie sich nicht mehr satt machen können, eine geschlossene Masse der Hungrigen** gegen alle die, von denen sie glauben, daß sie ihnen ein Hindernis sind, einmal satt zu werden."

posten ist die Beschaffung und Ausbesserung von Fahrzeugen. 1913 waren dafür im Ordinarium 290 Millionen Mark angesetzt, darunter für die Beschaffung neuer Fahrzeuge 90, für Werkstättenmaterial 64, für Arbeitslöhne in den Werkstätten 123 Millionen Mark. Im Haushaltsplan für 1922 sind für das Reich 50,4 Milliarden an sächlichen Ausgaben angesetzt. Die sächlichen Ausgaben waren also 1913 um rund 4 Prozent niedriger als die persönlichen, im Jahre 1922 um 20 Prozent höher — eine Folge der Schröpfungspolitik, die die industrielle Unternehmerschaft dem Reiche gegenüber ausübt.

So viel kann also mit absoluter Sicherheit gesagt werden: Würde die Reichseisenbahnverwaltung monatliche Güterfrachtfestsetzungen einführen, entsprechend den Warenpreisdifferenzen, so wäre nicht nur das Defizit mit einem Schlage beseitigt, sondern auch ein beträchtlicher Ueberschuß erzielt. Daß dies nicht geschehen, liegt an der bürokratischen Routine — zum Teil wohl auch an dem Einfluß der Schwerindustrie, die ihre Uebergewinne nicht geschmälert wissen will. Und die Posten für „sächliche Ausgaben", insbesondere Kohlen, rollendes Material und Eisen ließen sich ganz beträchtlich herabdrücken, wenn die Eisenbahnverwaltung auch nur ein einziges Kohlen- und Eisenwerk erwerben und selbst betreiben, etwa ¹/₃ bis ½ ihres Bedarfes aus eigener Produktion decken dürfte. Das aber wird eben mit aller Macht verhindert. Die Eisenbahnen sollen an die Schwerindustrie ausgeliefert werden, damit diese ihre Ueberprofite um ein Mehrfaches steigern und die deutschen Arbeiter um so hemmungsloser ausbeuten kann.

Der Kampf der Agarier um die freie Wirtschaft

Seit Wochen schon tobt in allen politischen und wirtschaftlichen Organisationen der erbitterte Kampf um die Getreideumlage. Mit jedem politischen und wirtschaftlichen Druck versuchen die Agrarier deren Fortfall zu erzwingen, um auch den letzten unter Zwangswirtschaft stehenden Teil ihrer Produkte sich Weltmarktpreise auf Kosten der breiten Massen der Bevölkerung zu sichern. Dieses Bestreben nach schrankenlosem Wucher ist durch unsere Presse schon ausgiebig gebrandmarkt worden. Bei einer etwaigen Freigabe des Brotgetreides würde sich aber eine weitere verhängnisvolle Folge ergeben.

Bekanntlich ist bis zum heutigen Tage, gerade unter dem Drängen der Landwirtschaft, für die gesamte Düngemittel-Industrie eine Art Zwangswirtschaft erhalten geblieben, indem nämlich die Preise für sämtliche künstliche Düngemittel als Höchstpreise von der Reichsregierung festgesetzt werden. Durch die bekannte Politik der Gefälligkeiten des früheren Ernährungsministers Hermes gegenüber den Interessenten ist diese Zwangswirtschaft dadurch außerordentlich geschwächt worden, so daß an Stelle der Preisfestsetzung auf Grund der Gestehungskosten eine gleitende Preisfestsetzung nach der Inderbasis Kohle (für Stickstoff) bzw. Getreide (für Thomasmehl) genehmigt wurde. Trotzdem ist es gelungen, die Preise für künstliche Düngemittel, insbesondere für Kali und Stickstoff, noch beträchtlich unter dem Weltmarktpreis zu halten. Das Hauptargument gegenüber der Forderung der Industrie auf völlige Freigabe der Preisbildung für künstliche Düngemittel war und ist der Hinweis darauf, daß auch die Landwirtschaft für einen Teil ihrer Produkte noch an behördlich festgesetzte Preise, die auf Grundlage der Gestehungskosten kalkuliert sind, gebunden ist. Es steht außer Zweifel, daß bei einem Fortfall der Umlage für Brotgetreide die Düngemittel-Industrie, ganz besonders die mächtige Stickstoff- und Kaliindustrie, die restlose Freigabe der Preisbildung für ihre Produkte verlangen wird. Sowohl den Vertretern der Landwirtschaft, als namentlich auch den beteiligten Ressorts des Ministeriums ist dann jede Möglichkeit genommen, mit stichhaltigen Gründen gegen dieses Verlangen Stellung zu nehmen. Die unausbleibliche Folge davon ist, daß die Preise für die künstlichen Düngemittel automatisch das Weltmarktniveau erreichen, mit anderen Worten: bis zum Doppelten steigen. Daß dies bei den riesigen in Frage kommenden Werten einen gewaltigen Anstoß zu weiterer allgemeiner Verteuerung bilden wird, ist klar. Namentlich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden durch eine solche Freigabe der Preisbildung wiederum beträchtlich verteuert, und zwar, wie schon der heutige dauernde Hinweis der Agrarier auf die hohen Düngemittelpreise beweist, in einem Maße, der weit über den tatsächlichen Anteil der Aufwendungen für Kunstdünger hinausgeht.

Die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung werden aus all diesen Gründen den Kampf gegen die Agrarier für eine gesicherte Brotversorgung unseres Volkes, für die Getreideumlage, mit aller Energie weiterführen.

Der Gipfel der Frechheit

Die Deutschnationalen versuchen jetzt, ihre offensichtliche Schuld an den blutigen Vorgängen in Gruiten am 11. Juni anläßlich des Kreiskriegerverbandstages zu verdecken. Sie haben sogar die Unverschämtheit, im Reichstage anzufragen, ob die Reichsregierung bereit ist, bei wieder stattfindenden Kriegervereinsversammlungen für den erforderlichen Schutz zu sorgen, damit solche Veranstaltungen ungestört verlaufen können. Sie haben ferner die Stirn, von der Regierung die Bestrafung der „Ruhestörer, die die schwarz-weiß-roten Fahnen heruntergerissen und die Ausschmückung der Straßen und Häuser beschädigt haben", zu verlangen. — Das ist der alte Trick gerissener Gauner, zu schreien: „Haltet den Dieb!", um damit die Verfolger von ihren Fersen abzulenken.

Die kostspielige Reichswehr

Schon im Sommer 1919 hat Erzberger als Reichsfinanzminister in der Nationalversammlung erklärt, daß im Reichswehrministerium, an dessen Spitze damals Noske stand, Ausgaben gemacht werden, die er (Erzberger) nicht verantworten könne. Herr Noske rührte sich nicht, die unverantwortlichen Ausgaben im Reichswehrministerium wurden fortgesetzt, solange er an dessen Spitze stand. Auf Noske folgte Geßler, aber das unverantwortliche Ausgeben von Geld in der Reichswehr ist geblieben, wie der folgende, dem „Vorwärts" berichtete Fall beweist. Preußische, sächsische, bayerische und andere Generalstäbler fuhren dieser Tage in Paradeuniform in 15 Reichswehrautos auf den Fichtelberg, hart an der tschechoslowakischen Grenze. Sie kamen mit ihren Autos, die nicht von „gewöhnlichen" Chauffeuren, sondern von Chargen gefahren wurden, aus Bad Elster. Hier hatten sie sich in den feinsten Hotels einquartiert, ob zum Zwecke strategischer Studien weiß vielleicht Herr Geßler. Um gegen jegliche Panne geschützt zu sein, führten die Herren Generalstäbler außerdem vier unbesetzte Autos mit. Da der Benzinverbrauch für einen einzigen leeren Wagen von Elster bis auf die Höhe des Fichtelberges über 1100 Mark beträgt, kann man ungefähr ermessen, was diese Spritzfahrt gekostet hat. Auf dem Fichtelberge angelangt, genossen die Herren die schöne Aussicht, ließen sich dann zu einem sehr reichen, mehrstündigen Diner nieder und fuhren dann wieder zurück. Nicht nur die auf der Bergeshöhe anwesenden deutschen Steuerzahler waren ob des Generalstäbleraufzuges sehr erstaunt sondern auch die dort weilenden Tschechen. Herr Geßler aber wird selbstverständlich, falls er wegen dieser Verschwendung mit Reichsgeldern zur Rede gestellt werden sollte, die übliche faule Ausrede gebrauchen: bei der Reichswehr wird nach Möglichkeit gespart. Wie sollte dieser „Demokrat" auch wagen, gegen kostspielige Allüren seiner fortgesetzten Generalstäbler aufzumucken!

Vom Leipziger Gewerkschaftskongreß

Eigenbericht der „Freiheit"

Leipzig, 20. Juni.

Der heutige Tag setzte sofort wieder mit einem durchsichtigen Manöver der Kongreßleitung ein. Zur Ueberraschung des Kongresses wurde die Reihenfolge der Korreferenten im umgekehrten Verhältnis zur Stärke der Fraktionen gegen jeden parlamentarischen Brauch von der Kongreßleitung diktiert. Zuerst sprach der Kommunist Walcher als Vertreter der kleinsten Fraktion, ihm folgte als Vertreter der USP. Genosse Dißmann, während der Rechtssozialist Brey den Reigen schloß.

Das Referat unseres Genossen Dißmann war klar aufgebaut. Vom ersten bis zum letzten Wort eine hieb- und stichfeste Kritik an der ganzen Haltung und Einstellung des Bundesvorstandes die trotz der Voreingenommenheit der Kongreßmehrheit die vollste Aufmerksamkeit des ganzen Kongresses auf sich zog. Das gelang Dißmann um so leichter, als er sich nicht darauf beschränkte, allein Kritik an den Taten und Unterlassungen des Vorstandes zu üben, sondern auch zugleich Wege und Möglichkeiten einer wirklichen vom Klassenkampfgedanken getragenen Gewerkschaftspolitik wies, dabei nach rechts und links klar die Grenzen ziehend. An Hand einer Analyse der sozialen und wirtschaftspolitischen Entwicklung der letzten drei Jahre wies Dißmann nach, daß die ganze Linie der Tätigkeit und Einstellung des Bundesvorstandes bestimmt wird von dessen Abhängigkeit von der SPD. und deren Abhängigkeit von den bürgerlichen Parteien.

Dißmann hob dann die außerordentliche Bedeutung der Arbeiten des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dessen fortschrittliche Einstellung hervor. Er nannte die Amsterdamer Internationale einen der wenigen Aktivposten der Arbeiterbewegung. Es gelte darüber zu wachen, daß dieses wertvolle Aktivum nicht verloren gehe. Das bedinge, daß kleinliche und von nationalistischem Geist nicht freie Kritik, wie sie von einem deutschen Redner noch in Rom geübt worden sei, künftig unterbleibe.

Dißmanns Ausführungen waren wiederholt von Zustimmung unterbrochen und fanden zum Schluß starken Beifall bei einem großen, über unseren eigenen Anhängerkreis hinausgehenden Teil des Kongresses.

War Dißmanns Referat bei aller herben und scharfen Kritik doch durchweg von Sachlichkeit getragen, so wich der rechtssozialistische Redner Brey in dieser Hinsicht von Dißmann sehr ab. Seine Rede war eine Häufung von Schmähungen und hämischen Bemerkungen gegenüber der Opposition.

Die Nachmittagssitzung setzte die Diskussion über den Geschäftsbericht fort. Um 6 Uhr wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht und gegen den Widerspruch der Opposition angenommen.

Einen ausführlichen Bericht finden unsere Leser auf der zweiten Seite der Beilage.

Hermes Weinlieferungen

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages gegen den Minister Hermes hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der neben Zeugen auch Sachverständige vernommen wurden. In der Beweisaufnahme wurde als erster Zeuge Regierungsrat Diel vernommen. Der Zeuge betonte, daß er die Sonderzuweisung an Zucker nicht für gerechtfertigt gehalten habe, da neben Zuckermangel auch Zuckerüberfluß vorhanden gewesen sei und Zuckerschiebungen dem Ministerium bekannt waren. Auf Befragen von Dr. Hertz bestätigte der Zeuge, daß er nach dem 9. März 1922, wo ihm Hermes amtlich über seinen Eindruck über die Zuckerzuteilung vernommen habe, erklärt hat, daß er die darüber aufgenommene protokollarische Erklärung nicht mehr aufrechterhalten könne. Der nächste Zeuge Geheimrat Jaffé, war Referent für die besetzten Gebiete. Er erklärt, die Zuweisung sei aus politischen Gründen notwendig gewesen und von ihm befürwortet worden.

Es folgt dann die Vernehmung der Wein-Sachverständigen. Sie halten die geschenkweise Abgabe von Weinen für üblich, vermögen aber nicht einen einzigen Fall anzugeben, in dem sie in derartigen Mengen (etwa 600 Flaschen) vorgenommen worden ist. Die Frage der Produktionskosten lasse sich sehr schwer beantworten. Für die guten Sorten, die Hermes erhalten habe, seien aber auch die Gestehungskosten zwei bis dreimal so hoch wie bei gewöhnlichen Weinen. Im Jahre 1920 und 1921, der Zeit der Abgabe der Weine an Hermes zum Preise von 3 Mark, habe der Handelswert dieser Weine 60 bis 70 Mark betragen. Bei der Vernehmung des Sachverständigen Dr. Pohle, dem Generalsekretär des Verbandes zur Bekämpfung des Bestechungswesens, gibt es einen Zusammenstoß mit dem Abg. Dr. Rießer (D. Vpt.), weil dieser den Sachverständigen unterbricht. Dr. Pohle erklärt, Die im Geschäftsverkehr üblichen Reklamemethoden dürfen nicht Formen annehmen, durch die auch Gegenstände zu Zuwendungen benutzt werden, die einen Verkaufswert darstellen. Wenn Direktor Faust, der Lieferant der Weine, auch an den Verhandlungen über die Zuckerzuweisung mitbeteiligt gewesen ist, dann geht diese „Reklamemethode" über das zulässige Maß weit hinaus. Man muß bei Geschenken unterscheiden, an wen sie gehen und bei Beamten prüfen, ob man sie nicht in einen Pflichtenkonflikt bringt. Faust's „Reklamemethode" ist eine große Gefahr für unsere Beamtenschaft. Im Falle Hermes mußte die Geschenkzuweisung den Beamten (Hermes) in einen Gewissenskonflikt bringen, weil er auch über die Zuckerzuweisung zu entscheiden hatte. Die „Propaganda" von Faust habe deutlich abgezielt auf den Minister Hermes.

Abg. Hertz stellt die folgenden Daten fest: Herbst 1919 Zuweisung von 50 000 Mark an den Winzerverband, April 1920 erster Weinbezug, Dezember 1920 Zuckerzuweisung, Februar 1921 zweiter Weinbezug, und folgert aus diesen Daten den inneren Zusammenhang zwischen der Geschenkannahme und der Zuckerzuweisung. — Nachdem noch Geheimrat Jungel als früherer Leiter der Reichszuckerstelle erklärt hat, daß er sich gegen solche „Liebesgaben" stets gewandt habe, beschließt der Ausschuß eine nichtöffentliche Sitzung, in der Direktor Faust die in der vorigen Sitzung abgelehnte Frage vorgelegt wird, an welche beamtete Persönlichkeiten der Winzerverband sonst noch Weinsendungen hat gehen lassen. Der Zeuge erklärt, daß es für ihn eine „Qual" sei, darüber auszusagen, äußert aber schließlich, daß kein Minister und kein Staatssekretär sowie kein Beamter des Ernährungsministeriums billige Weinsendungen erhalten habe.

Die Wahlen im Burgenland

Die am Montag abgeschlossenen Wahlen zum Nationalrat hatten folgendes Ergebnis: Von den acht Mandaten erhielten die Sozialdemokratie vier, die Christlich-Sozialen zwei und die Großdeutschen und Bauernbündler je ein Mandat.

Gleichzeitig fanden die Wahlen zum Landtag des Burgenlandes statt. Das Ergebnis war ein großer Erfolg für die Sozialdemokratie. Es erhielten Sitze: die Sozialdemokraten 12, die Christlich-Sozialen 9, die Bauernbündler 6 und die Großdeutschen 3. Auf die Sozialdemokraten entfielen 20 588 Stimmen, auf die Christlich-Sozialen 12 081, auf die burgenländische Bauernpartei 4242 und auf die Großdeutschen 3929 Stimmen. — Der Erfolg der Sozialdemokratie ist im wesentlichen auf die Geschlossenheit der Partei zurückzuführen.

Das Volksbegehren in Sachsen

In der Zeit vom 6. bis 19. d. Mts. lagen in ganz Sachsen die Eintragungslisten zum Volksbegehren zur Herbeiführung eines Volksentscheides über die Auflösung des Landtages auf. Um das Volksbegehren wirksam zu machen, muß gesetzlich ein Zehntel der bei der letzten Landtagswahl Wahlberechtigten ihre Namen in die aufgelegten Listen eintragen. Dieses Zehntel beträgt rund 207 000. Die Parteien der Linken hatten ihre Anhänger aufgefordert, sich nicht am Volksbegehren zu beteiligen und sich nicht in die Listen einzutragen.

Wie das WTB. meldet, lagen bis gestern Mittag folgende Zählungsergebnisse vor: Im Wahlkreise Dresden-Ostsachsen 208 000 Stimmen, im Wahlkreise Chemnitz 265 469, im Wahlkreise Leipzig 221 762 Stimmen. — Die Gesamtzahl der für das Volksbegehren auf Auflösung im Freistaat Sachsen abgegebenen Stimmen stellt sich nach vorläufiger Zählung auf rund 820 000.

Die Wahlen in Irland

London, 20. Juni.

Nach einer Reutermeldung aus Dublin haben nach den bisher bekannten Ergebnissen der irischen Wahlen die vertragsfreundliche Koalition 47, die republikanische Koalition 26, die Arbeiterpartei 10, die Unabhängigen 12 und die Partei des Trinity College in Dublin 4 Stimmen erhalten. Mehrere Mitglieder der Arbeiterpartei und der Unabhängigen sowie alle Mitglieder der Partei des Trinity College sind Anhänger des Vertrages.

Deutscher Reichstag

(Sitzung vom Dienstag, den 20. Juni 1922.)

Vizepräsident Bell eröffnet die Sitzung 2 Uhr 20 Minuten.

Der Gesetzentwurf zur Erhöhung der patentamtlichen Gebühren wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfs über die Getreideumlage

Abg. Diez (Ztr.): Durch geeignete Maßnahmen zur geeigneten Zeit hätte man um den Zwang zur neuen Umlage herumkommen können. Die Konsumenten müssen durch Verzicht auf den Lohn aus Ueberstundenarbeit an der Brotverbilligung mitarbeiten. Die Zentrumsfraktion behält sich die Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf und zur Umlage selbst vor.

Abg. Dusche (D. Vp.): Der jetzige Minister Fehr hat im vorigen Jahre selbst für einen Antrag, der die freie Wirtschaft für Getreide im Jahre 1922 verlangte, gestimmt. Die Landwirtschaft kann die alleinige Belastung nicht tragen, sie kann kaum noch das notwendige Betriebskapital aufbringen.

Abg. Trieschmann (Dem.) erklärt, daß trotz der parteipolitischen Ausschlachtung des Kampfes um die Getreideumlage seine Fraktion hofft, daß sich eine Mehrheit für diese Vorlage finden werde.

Abg. Heim (B. Vp.) fordert, wie der Zentrumsredner, entweder eine gleichmäßige Verteilung der Lasten aus dem aufzubringenden verbilligten Brot unter der Bauernschaft, oder eine Kompensation auf seiten der Konsumenten. Die Bayerische Volkspartei lehnt die rohe Form der Umlage von 1921 als unannehmbar ab. Das Volk hat die Schrecken der Revolution schon wieder vergessen, es tanzt und schlemmt. Die Zigaretten- und Schokoladenindustrie produziert mehr als vor dem Kriege. Dieser ungeheure Verbrauch von Zigaretten und Schokolade kommt auf das Konto der unteren Kreise.

Abg. Heydemann (SPD.): Die Landwirtschaft will durch die freie Wirtschaft, durch die Aushungerung des deutschen Volkes die Aufrichtung ihrer Junkerdiktatur erzwingen.

Damit ist die Beratung beendet. Das Gesetz wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird, nachdem der Justizminister Radbruch erklärt, daß die Reichsregierung wegen der Wichtigkeit der Materie alle Bedenken gegen den Entwurf zurückstellt und in kurzer Zeit einen Entwurf über die Neuregelung des Genossenschaftsrechts dem Reichstag vorlegen wird, in allen drei Lesung ohne Debatte angenommen.

Das Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder wird der Ausschußberatung überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Tagesordnung: Interpellation über die Reparationsfrage und die Verträge und Abkommen der Regierung mit der Reparationskommission.

Befehl zur Rückreise

Ein kommunistischer Schwindel

Die „Rote Fahne" behauptet, die Aufgabe der Verteidigung im Moskauer Prozeß durch Rosenfeld, Liebknecht und Vandervelde sei auf „Befehl der Arbeitsgemeinschaft" erfolgt. Den Beweis dafür will sie erbringen aus der Resolution, die von der Exekutive der Wiener Arbeitsgemeinschaft am 15. Juni in Frankfurt a. M. gefaßt worden ist. In dieser Resolution heißt es bekanntlich:

„Schon heute muß der Versuch, ein Gerichtsverfahren in zivilisierten Formen zu ermöglichen, als gescheitert erklärt werden, und das sozialistische Weltproletariat wird es durchaus begreifen, wenn sich die sozialistischen Verteidiger, die sich in Erfüllung einer Gewissenspflicht nach Moskau begaben, entschließen müssen, auf die weitere Mitwirkung an einem Gerichtsverfahren zu verzichten, das ein allzu durchsichtiger Mantel eines groben Racheaktes an politischen Gegnern ist."

Diesen Satz als „Befehl" zur Niederlegung der Verteidigung auszulegen, heißt seinem Sinn Gewalt antun. Aber davon abgesehen: der fragliche Satz ist in Frankfurt a. M. erst am selben Tage formuliert worden, als in Moskau die Verteidiger bereits ihre Erklärung über die Aufgabe der Verteidigung abgegeben hatten am 15. Juni: Der Satz hat also in keiner Weise die Dinge in Moskau beeinflußt. Damit ist schon der kommunistische Schwindel von der Rückkehr auf Befehl widerlegt.

Aber tatsächlich war auch die Auffassung in den leitenden Kreisen der USPD. und der Wiener Arbeitsgemeinschaft durchaus nicht die ihnen von der „Roten Fahne" unterstellte. Das geht klar hervor aus einem Briefe, den Genosse Dittmann — ebenfalls am 15. Juni — an die Genossen Rosenfeld und Liebknecht nach Moskau geschrieben hat. Der Brief ist vermutlich erst heute in Moskau eingetroffen und wird — da Rosenfeld und Liebknecht inzwischen die Rückreise angetreten haben dürften — wohl als unbestellbar zurückkommen. In diesem Briefe heißt es:

„Wir freuen uns hier über Euer tapferes Verhalten und sehen an den täglichen Wutausbrüchen der „Roten Fahne", daß es hier euch auf die kommunistischen Arbeiter nicht ohne Wirkung bleibt.

Die Taktik der Bolschewisten geht offensichtlich dahin, Euch so mürbe zu machen, daß Ihr vor Beendigung des Prozesses nach Deutschland zurückkehrt. Dann werden sie dort und hier ein Indianergeheul darüber anstimmen, das Beweismaterial gegen die S.R. sei so erdrückend gewesen, daß Ihr Reißaus genommen hättet, um der Blamage zu entgehen, offen als bewußte Helfershelfer überführter Konterrevolutionäre entlarvt zu werden. Persönliche Invektionen über Feigheit usw. werden die Begleitmusik dieses Leitmotivs sein. Die Ausstreuungen über eine noch sechswöchige Dauer des Prozesses liegen in der Richtung dieses Versuchs einer „Teufelsaustreibung". Eure Nerven und Eure Geduld werden dadurch auf eine harte Probe gestellt.

Wenn nur persönliche und menschliche Rücksichten in Frage kämen, würden wir Euch natürlich raten, die Moskauer Hölle sofort zu verlassen, aber es handelt sich um das Prestige der USP., der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der ganzen westeuropäischen sozialistischen Bewegung. Deshalb darf nicht übereilt gehandelt werden.

Wir halten die Frage im Auge, Euch gegebenenfalls zurückzurufen und haben Crispien beauftragt, sie bei der heute in Frankfurt a. M. tagenden Exekutive der Wiener Arbeitsgemeinschaft zur Erörterung zu bringen. Außerdem habe ich Hermann Müller unterrichtet, der den heute zu einer Sitzung der Exekutive der zweiten Internationale nach London fahrenden Wels informieren will, damit er auch dort die Frage ventiliert. **So ad hoc, ohne besonderen Anlaß, läßt sich die Rückberufung nicht vornehmen. Sollte sich die bolschewistische Tortur gegen Euch noch weiter steigern, so kann sie allerdings in Frage kommen.**

Wie uns hier scheint, habt Ihr bereits jetzt politisch aus dem Prozeß herausgeholt, was möglich ist, so daß höchstens das Interesse an den Personen der Angeklagten außer der Prestigefrage noch in Betracht zu ziehen ist. Die Angeklagten selber haben Euch ja schon geraten, eventuell abzureisen, wenn die Bedrohungen gegen Euch nicht aufhören. **Ob und wann Ihr deswegen unter Protest die Brocken hinwerfen könnt, müßt Ihr selbst entscheiden.** Aber wir bitten Euch, nicht ab irato zu entscheiden, sondern unter Würdigung der Prestigefrage. Euer Leben zu gefährden — diese Belastung können die Bolschewisten in Westeuropa nicht mehr vertragen. Das ist hier die übereinstimmende Meinung aller Rußlandkenner.

Ihr müßt uns natürlich sofort von jeder Verschärfung der Situation unterrichten, damit unsere Zentralleitung oder die Wiener Exekutive Euch eventuell abberufen kann. **Wenn sich die Abberufung oder Eure plötzliche Abreise aus eigener Initiative irgend vermeiden läßt, ist es jedenfalls besser.** Hoffentlich haltet Ihr weiter tapfer aus und heizt den Moskowitern tüchtig ein."

Die hervorgehobenen Stellen dieses Briefes zeigen klar, daß die Parteileitung der USP. weit davon entfernt war, einen „Befehl zum Abbruch der Verteidigung" zu geben, ganz im Einklang mit dem eingangs zitierten Satz aus der Resolution der Wiener Exekutive, der es lediglich für durchaus begreiflich erklärt, wenn sich die Verteidiger zur Niederlegung entschließen müßten. Tatsächlich ist die Aufgabe der Verteidigung ohne jede Beeinflussung von Berlin oder Wien aus in Moskau erfolgt auf Grund der Tatsache, daß die Angeklagten selber die Verteidiger von ihrem Mandat entbunden haben. Wie richtig in unsern leitenden Parteikreisen die Taktik der Bolschewisten und ihrer Berliner Nachbeter beurteilt worden ist, das zeigt bereits klar das „Indianergeheul" der „Roten Fahne" über „die Flucht aus Moskau".

Wenn die „Rote Fahne" fragt, ob die Verteidiger im Interesse der Revolution oder der Konterrevolution in Moskau tätig gewesen seien, so ist es müßig, darüber mit den Moskauer Stipendiaten der „Roten Fahne" zu rechten, die ja keine eigene Meinung haben, sondern nur nach dem kapitalistischen Grundsatz handeln: „Weß' Brot ich esse, deß' Lied ich singe." Jedenfalls ist von den ausländischen Verteidigern durch ihr juristisches Eingreifen klargestellt, daß der ganze Prozeß gegen die S.R. mit Rechtsprechung nichts zu tun hat, sondern lediglich eine politische Aktion der Bolschewisten gegen ihre politischen Widersacher darstellt. Insofern ist durch die Teilnahme der ausländischen Verteidiger am Prozeß auch ein politisches Resultat erzielt worden, das im westeuropäischen Proletariat seine Wirkung nicht verfehlen wird. Weil sie das fühlt und weiß, deshalb die Wutausbrüche der „Rothen Fahne", deren Schwindel aber selbst die kommunistischen Arbeiter nicht mehr glauben.

Nationalistischer Rummel im Rathaus

Oberschlesien-Abschied — Erhöhung der Straßenbahntarife — Annahme der Abänderungsanträge der U. S. P.

Berliner Stadtverordnetenversammlung

Außerordentliche Sitzung vom 20. Juni 1922.

Die gestrige außerordentliche Sitzung der Berliner Stadtverordneten wurde von dem Vorsteher mit Gedenkworten an die von Deutschland scheidenden Oberschlesier eröffnet. An der stark an Nationalismus grenzenden Kundgebung beteiligten sich unsere Genossen nicht. Die Kommunisten hielten es für richtig, durch Lärm gegen die Ausführungen des Vorstehers zu protestieren, was von der Rechten mit gesteigertem Lärm beantwortet wurde.

Es erfolgte dann die Beratung der Vorlage über die

Erhöhung der Straßenbahntarife.

Stadtv. **H. Kunze** (SPD.) gab den Bericht über die Ausschußberatungen und empfahl die Erhöhung des Straßenbahn-Fahrpreises **auf vier Mark.**

Stadtv. **Bierbach** (D. Vp.) erklärte, daß seine Freunde der Vorlage zustimmen, und beantragte die Einsetzung eines Ausschusses zur erneuten Beratung der Frage der Einführung eines Staffeltarifes.

Stadtv. **Conrad** (D. Vp.) lehnte im Auftrage seiner Fraktion die Vorlage ab.

Stadtbaurat **Dr. Adler** verwies auf die sozialen Vergünstigungen der Vorlage und wandte sich gegen den Beschluß des Ausschusses, auf den früheren Vorortbahnen keine Erhöhungen eintreten zu lassen. Das Defizit dieser Bahnen müßte dann von den anderen Bahnen aufgebracht werden.

Stadtv. **Dörr** (KPD.) lehnte die Vorlage rundweg ab. Das Reich müsse zur Beseitigung des städtischen Defizits angegangen werden.

Genosse **Reuter** begründete den

Standpunkt unserer Fraktion

und setzte sich besonders mit den Deutschnationalen auseinander. Er führt u. a. aus:

Die Lösung der Fragen, wie sie der Ausschuß vorschlägt, ist nur eine provisorische und befriedigt uns am allerwenigsten. Wenn wir nach eingehender Prüfung aller Fragen zu dem Ergebnis gelangt sind, uns der Vorlage gegenüber nicht ganz ablehnend zu verhalten, so war für uns die grundsätzliche Erwägung maßgebend, die städtischen Werke der Stadt zu erhalten im Interesse der Volksschichten, die wir vertreten. Die ablehnende Haltung der Deutschnationalen gegenüber der Vorlage entspringt privatkapitalistischen Interessen. Es ist der Kampf des Privatkapitals gegen die angebliche sozialistische kommunale Wirtschaft. Wir haben an dem Magistrat außerordentlich viel auszusetzen und wir rügen ganz besonders an ihm, daß er nicht genug Energie entfaltet hat, um die den städtischen Betrieben anhaftenden Mängel und den Schlendrian auf den Gütern zu beseitigen und damit den demagogischen Angriffen der Deutschnationalen den Boden zu entziehen. Wir fordern eine

Entbürokratisierung der städtischen Betriebe,

ihre Ausgestaltung zu Musterbetrieben unter **Beteiligung der in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.** Trotz der ökonomischen Schwierigkeiten, die durch die Politik der Deutschnationalen national und international eine außerordentliche Verschärfung erfahren, daß es der Politik der Arbeiterschaft möglich sein wird, die Werke der Stadt zu erhalten und sie noch weiter auszubauen. Im Rahmen des Möglichen und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung werden wir stets für eine Steigerung der Rentabilität und für die Erhaltung der städtischen Werke eintreten.

Jeder, der die Ausschußberatungen mitgemacht hat, wird klar erkennen, wohin die Reise gehen soll. Auf dem Wege der Sabotage und passiven Resistenz weiter Kreise wird die Entkommunalisierung der städtischen Werke angestrebt. Wenn dieses Ziel von den interessierten Kreisen erreicht ist, dann werden auch den Kommunisten die Haare zu Berge stehen. Wir fordern von dem Magistrat eine offizielle Erklärung, wie er sich zu den Ergebnissen der Ausschußberatungen stellt.

Die Unabhängige Fraktion fordert

1. **eine Ermäßigung der Fahrpreise auf 2 Mark für proletarische Kriegsbeschädigte,**
2. **für Kinder vom 6. bis 14. Jahre, und**
3. **für wirtschaftlich Unselbständige, Schüler und Lehrlinge.**

Des weiteren fordern wir, daß diese **Fahrpreisermäßigungen mit dem Tage der Tariferhöhungen in Kraft treten.**

Von dem Schicksal unserer Anträge machen wir unsere Haltung gegenüber abhängig. Dem Antrage der Deutschen Volkspartei, daß die Frage der **Einführung von Teilstrecken** in einem Ausschuß nochmals eingehend geprüft werden soll, stimmen wir zu.

Nachdem noch **Merten** (Dem.) und **Kunze** (SPD.) für die Vorlage gesprochen hatten, wurde in der Abstimmung der **Antrag v. Eynern**, die Möglichkeit der Einführung eines Staffeltarifs nachzuprüfen, **angenommen.**

Angenommen wurde ferner der Antrag unserer Fraktion, daß zugleich mit den Tariferhöhungen die Fahrpreisermäßigungen für Kinder, Schüler, Lehrlinge und Kriegsbeschädigte einzutreten haben.

Mit 105 gegen 60 Stimmen wird hierauf in namentlicher Abstimmung die Gesamtvorlage angenommen.

Zu der in der letzten Sitzung vertagten Aussprache über die Anfrage der Kommunisten betr. „Berliner Selbstschutz" ergriff der Stadtv. **Leupold** (KPD.) das Wort und sagte der Rechten und auch den Rechtssozialisten recht unangenehme Wahrheiten, die keine andere Antwort als Lärm und Zwischenrufe fanden.

Da keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Angelegenheit vorlagen, gab der Stadtv. **Kräpelin** (D. Vp.) den Ausschußbericht über die Magistratsvorlage betr. **Festsetzung eines einheitlichen Fremdenschulgeldes und Schulgeldes für Ausländerkinder.** Genosse **Schmidt** wandte sich nachdrücklich dagegen, daß auch proletarische Ausländer durch diese Vorlage zu einer doppelten Steuerleistung gezwungen werden sollen. — Zu einer Beschlußfassung über diese Vorlage kam es nicht. Sie soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Zu einer längeren Aussprache kam es nach der Ausschußberichterstattung über die vorliegenden Anträge betr.

Beseitigung des Wohnungselends in Groß-Berlin.

Der Ausschuß beantragte, den Magistrat zu ersuchen: Auch in bestimmten Zwischenräumen Bericht über die Lage auf dem Wohnungsmarkt und von dem Erfolge der Wohnungserbauung im Gemeindeblatt zu geben; es mit allem Nachdruck bei den zuständigen Reichs- und Landesstellen zu fordern, daß 1. der übergroße Zuzug von Berlin mit allen Mitteln eingedämmt und 2. die im erfreulichen Aufschwung begriffene Siedlungstätigkeit im Weichbilde der Stadt nicht durch zu schroffe Erhöhungen der Vorortstarife erdrosselt wird.

Den Anträgen wurde von der Versammlung zugestimmt.

Zugestimmt wurde des weiteren einem Antrage, der sich gegen die **unbegründete Wohnungszuweisungen an Mitglieder ausländischer Kommissionen** usw. wendet.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen wurde die Sitzung um 9½ Uhr geschlossen.

Preußischer Landtag

Sitzung vom Dienstag, dem 20. Juni.

Die Besprechung der einzelnen Titel des Haushalts des Innenministeriums wird fortgesetzt. Die Einzeltitel werden bewilligt. **Der Antrag der Unabhängigen auf Abschaffung des Staatsrats wird gegen die Stimmen der drei Linksparteien abgelehnt,** ebenso unser Antrag, den Titel „Staatskommissariat für öffentliche Ordnung" zu streichen. Gleichfalls **abgelehnt** wird der **Antrag der USP., das Polizeiwesen den Gemeinden zu übertragen,** und dem Landtag schleunigst eine Aufstellung über Organisation und Gliederung der Schutzpolizei vorzulegen.

Zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten.

In Verbindung damit erfolgt die Besprechung der zur allgemeinen Ernährungslage gestellten Anträge. Die **Fraktion der USP.** hat dazu **folgende Anträge** eingebracht:

1. „Das Staatsministerium wird ersucht, mit allen zulässigen Mitteln gegen die Bestrebungen des Reichslandbundes, die zu den schwersten volkswirtschaftlichen Nachteilen, wenn nicht zum völligen Zusammenbruch führen müssen, sofort und energisch Front zu machen."
2. „Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß
   1. das durch die Umlage zu erfassende Quantum an Brotgetreide auf 4½ Millionen Tonnen erhöht wird,
   2. das Umlageverfahren für die Kartoffel-, Zucker- und Milchversorgung sofort eingeführt wird."
3. „Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, zur Wahrung der Interessen der Konsumenten die Befugnisse der Preisprüfungsstellen wesentlich zu erweitern und eine organische Gliederung der örtlichen Stellen in der Weise vorzunehmen, daß die höhere Instanz die Kontrolle der Warenpreise am Ort der Produktion vornehmen kann."

Weiter hat die USP. folgenden Antrag gestellt:

„Das Staatsministerium wird ersucht, die ländlichen Arbeitsgemeinschaften (Roßbach, Oberland usw.) unverzüglich aufzulösen."

Abg. **Peters** (SPD.): Die Väter der Zwangswirtschaft sitzen auf der rechten Seite dieses Hauses. Redner polemisiert gegen das Bestreben der Agrarier, gegen die Getreideumlage und gegen die Maßnahmen der Regierung unter allen Umständen zu arbeiten.

Abg. **Kloft** (Ztr.) wendet sich in scharfen Worten gegen die Auswucherung der minderbemittelten Kreise. Er lehnt es ab, sich zur Frage der Zwangswirtschaft zu äußern.

Abg. **Schlange** (Dtn.) verliest einige willkürlich zusammengestellte Zahlen, die die Not der Agrarier beweisen sollen. Manche ländlichen Behörden werden sich weigern, den Anweisungen der Zentralbehörden, die Zwangsumlage betreffend, Folge zu leisten.

Abg. **Schiffban** (D. Vp.): Wir sind gegen die Umlage.

Ministerpräsident **Braun**: Es ist auf Grund von Statistiken festgestellt, daß die Löhne der Arbeiter und Beamten **nur um das 23- bis 24fache, die Preise aber der Lebens- und Bedarfsartikel um das 60- bis 70fache, die der Kleidung sogar um das 80- bis 100fache gestiegen sind.** Wenn abgebaut werden soll, so darf man nicht bei den Löhnen der Arbeiter anfangen, sondern am anderen Ende. Der Ministerpräsident wendet sich in scharfer Weise **gegen die Deutschnationalen** und schließt mit den Worten: **Die Regierung wird den Kampf aufnehmen gegen alle jene Kreise die in frevelhafter Weise ihr eigenes Wohl über das der Allgemeinheit stellen.**

Abg. Jürgensen (USP.):

Als es sich darum handelte, die Zwangswirtschaft zu beseitigen, rief die Landwirtschaft nach den Weltmarktpreisen. Diese sind jetzt bereits erreicht. Das Wohlleben und der Luxus, von dem der deutschnationale Redner sprach, sind nicht bei den arbeitenden Schichten des Staates zu finden, sondern bei den Landwirten. Genosse Jürgensen geht dann auf die Machenschaften des Landbundes ein und verliest das auch bereits in der „Freiheit" veröffentlichte „vertrauliche" Rundschreiben des Landbundes Soldin. Die Landwirte werden darin aufgefordert, bei Zwangsmaßnahmen die Dreschsätze durch Sabotage unbrauchbar zu machen. **Die Konsumenten haben nicht die Auffassung, daß die Landwirtschaft die Versorgung der Bevölkerung in Ordnung durchführen will.** Der Landwirtschaft geht es nach den Worten des Grafen v. Stollberg **jetzt besser wie je zuvor.** Sie hat die Taschen der Bevölkerung systematisch ausgeplündert.

Genosse Jürgensen brandmarkt sodann den Wucher auf dem Fleisch-, Milch- und Zuckermarkt und führt einen besonderen Fall an, in dem die Einfuhr von Kartoffeln von Staats wegen verboten wurde. Die geschlossene Front der Arbeiterschaft wird sich gegen die Ausbeutung, gegen evtl. Lieferstreiks zur Wehr setzen. (Lebhafter Beifall links.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch, den 21. Juni, 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr:
Der Traum ein Leben

Neues Volkstheater
Köpenicker Straße 68
7½ Uhr:
Heuchler

Staats-Theater
Opernhaus 6 Uhr
Ritter Blaubart

Schauspielhaus 7½ Uhr
Napoleon

Deutsches Theater
7½ Uhr:
Pottasch und Perlmutter

Kammerspiele
19.—26. Geschlossen

Großes Schauspielhaus
7½ Uhr:
Die versunkene Glocke.

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus:
Tgl. 8 U. „Gretchen"
Glässner, Roberts

Berliner Theater
7.30 Uhr: **Madame Flirt**

Walhalla-Theater
7½ Uhr
Gasthaus zur Liebe

ROTTER-BÜHNEN
Täglich 8 Uhr:
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung
7½ **Trianon-Theater**
Moral
v. Ludw. Thoma

Wallner-Theater
7½ Uhr.
D. beiden Nachtigallen

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr
Verliebte Leute

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
8 Uhr.
Berlin - Wien - Amerikadampf.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7/9
Täglich 7½ Uhr
Die Prinzessin vom Nil
Operette in 3 Akten, dazu Spezialitäten-Programm. Beginn d. Konzerts 4½ U.

Theater am Kottbusser Tor
Tägl. 7½ Uhr
Elite-Sänger
Volkspreise

SCALA
Tägl. 8 Uhr!
Internat. Varieté

Metropol-Varieté
Behrenstraße 54
Freitag, den 23. Juni, 8 Uhr
Ehrenabend für Ernst Riedel
Festvorstellung
Erste Künstler der Berliner Varieté- und Kabarettbühnen haben ihre liebenswürdige Mitwirkung zugesagt.
Ball
Sämtliche Tische sind numeriert. Vorverkauf 11-2 Uhr im Büro.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Morgen Donnerstag
Großer Volkstag
mit Preisermäßigung, unter anderem
Die P. inzessin vom Nil
Operette in 3 Akten
Beginn 5 Uhr Beginn 5 Uhr

Dukaten-Gold 900 gest.
14 karat.Gold 585 gest.
8 karat.Gold 333 gest.
Stück von 70 Mk. an
TRAURINGE
billiger
Stets vorrätig am Lager
Trauringfabrik Minoga
BERLIN O.
Grüner Weg 69
1. Filiale:
Dresdener Str. 31

Servus,
merke sich ein jeder,
putzt die Schuh',
erhält das Leder.
Chem. Werke Lubszynski & Co. A.-G. Berlin-Lichtenberg.

Automaten - Einrichter
Wüttig-Offenbacher für Werk Steglitz
verlangen
Ludwig Sudicatis G. m. b. H.
Boxhagener Straße 76—78

Metallschleifer
für Telefonteile
verlangen
Ludwig Sudicatis G. m. b. H.
Boxhagener Str. 76/78.

Zahngebisse! Platin-, Gold-, Silberabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn, **Glühstrumpfasche** kauft zu hohen Preisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

Tüchtige Verkäufer für Bücher
mit guten literarischen Kenntnissen
sofort gesucht
Meldungen von 11-12 vorm. und 5-7 Uhr nachmittags
Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Der tägliche Genuß
von Dorath's Kinder- und Krankennahrung
ist für jeden Magen- und Darmleidenden ebenso notwendig wie das Salz zur Suppe.
In Apotheken und Drogerien erhältlich

Metzner
Kinderwagen-Welthaus
Metall - Bettstellen, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwaren, Ruhestühle, Puppenwagen. Alle Kinder-Fahrzeuge usw.
Grösste Auswahl Berlins.
Andreasstr. 23, Andreasplatz, Brunnenstr. 95, Beusselstr. 67
Leipziger Str. 34, Neukölln, Bergstrasse 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

WANDERKARTEN
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlg. „Freiheit", Breite Str. 8-9

Zwei dänische Metallarbeiter
(Metallgießer u. Gürtler)
suchen Arbeit.
Adresse C. Nielsen, Kopenhagen, Aggersborggade 8 III.

Metall Ankaufsstelle Osten, Grün. Weg 58
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Spez.-Beh. nur für **Ischias** i. Hüft., Gesäß u. Bein. Du schw. Fälle in 15 Tag. befeit. w., hierüb. unanfaßb. Heilerf. beileh. u. Referenz. Invalidenstr. 106, von 9-3. **Jacoby**

Für 50 Mark
wöchentl. erhalten Sie bei kl. Anzahlg. einzelne **Möbel** jeder Art sowie Ausstattungsstücke von Gardinen, Bettdecken, Bettwäsche für wöchentlich
20 Mark
Zorndorfer Str. 54
Barthel

Geschlechtskranke
Spezial-Arzt Dr. med. Dammanns Heilanstalt
1. Potsdamerstr. 123 B / 2. Friedrichstr. 81 / 3. Königstr. 56-57 am Alexpl. / Sprechst. 9-12, 4-7. Sonnt. 10-12 nur Potsdamerstr. 123 B. Behandl. aus. erh. der Sprechz. nach tel. Anruf Nollendorf 104 Lützow 158, Zentrum 8724.

Die anerkannt vorzügl. Küche
und gutgepflegte Biere
findet man im
Gewerkschaftshaus
SO 16, Engelufer 25, Fernspr.: Moritzpl. 5641
Billigste Preise
Musik und Gesang

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836

Mittwoch, den 21. Juni 1922, nachmittags 5 Uhr im Krieger-Vereinshaus, Chausseestraße 94.

Versammlung
aller Funktionäre aus den Betrieben, welche dem Verband Berliner Metall-Industrieller angeschlossen sind und Mitglied einer zum Metallkartell gehörenden Organisation sind.

Tagesordnung:
Endgültige Stellungnahme zum Juni-Lohnabkommen.
Zutritt haben nur Kolleginnen und Kollegen, welche sich durch ihr Mitgliedsbuch und der mit dem Stempel D. M. V. versehenen Funktionärkarte ausweisen können.
Die Mitglieder des Metallkartells treffen sich 1 Stunde früher im selben Lokal.

Das Metallkartell.

Achtung! Achtung!
Weißmetall
Mittwoch, den 21. Juni 1922, nachmittags 4½ Uhr

Versammlung
aller Kollegen und Kolleginnen der Weißmetallindustrie aus den Betrieben, deren Inhaber nicht Mitglieder des V. B. M. I. sind, im Restaurant „Märkischer Hof", Admiralstr. 18 c.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Lohnverhandlung.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Erscheinen ist Pflicht.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Arbeitslose! Achtung!
Heute Mittwoch mittags 12 Uhr:

Wahlkörper-Versammlg.
im Verbandshaus Linienstr. 83/85 (Sitzungssaal).

Donnerstag, den 22. Juni 1922, abends 7 Uhr,

Branchen-Versammlung
der Bauschlosser und der Betriebe für gelochte Bleche, in der Brauerei „Königstadt", Schönhauser Allee 10/11.

Tagesordnung:
1. Bericht der Tarifkommission, Stellungnahme und Abstimmung.
2. Branchenangelegenheiten.

Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag den 22. Juni, abends 7 Uhr

Branchen-Versamm.ung
der

Bau-An chläger
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 25, Saal 5.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.
2. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Jeder Kollege ist im eigenen Interesse verpflichtet zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 22. Juni 1922, abends 7 Uhr

Funktionärkonferenz
der Auto-Reparatur-Betriebe, im Lokal von Boveleit, Jostystr. 7.

Freitag, den 23. Juni 1922, abends 7 Uhr,

Vollversammlung
der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher Eicher und Eicherinnen,
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25 (großer Saal).

Tagesordnung:
Vortrag der Frau Landtagsabgeordneten Christmann-Barmen über:
Die wirtschaftliche Lage.

Zu dieser Versammlung laden wir besonders die Kolleginnen der mechanischen Betriebe ein.

Die Ortsverwaltung.

SOEBEN ERSCHIEN! SOEBEN ERSCHIEN!
RUSSISCHE KORRESPONDENZ
Nr. 4/5

Aus dem Inhalt: N. LENIN: Der XI. Kongreß der Komm. Partei Rußlands / G. TSCHITSCHERIN: Rede in der Eröffnungssitzung der Konferenz in Genua / Memorandum der Russischen Delegation an die Konferenz in Genua / G. SINOWJEW: Die Bedeutung des XI. Kongresses der KPR. / N. LENIN: Die äußere und innere Lage / Resolutionen und Beschlüsse des XI. Kongresses der KPR. / L. TROTZKI: Das fünfte Jahr der Roten Armee — ein Lehrjahr / Die Rote Armee in den vier Revolutionsjahren / W. SMIRNOW: Die Rote Armee und ihre Aufgaben / S. WARIN: Die Lehren des Bürgerkrieges / G. SOKOLNIKOW: Die neue Wirtschaftspolitik / L. TROTZKI: An die Verleumder Sowjetrußlands / N. LENIN: Zur Lage L. TROTZKI: Georgien / I. WARDIN: Die Menschewiki in der russischen Revolution / J. GURSKI: Die Rechnung Georgiens / L. SOSNOWSKI: Wie die Engländer in Turkestan den Grundstock für Zivilisation, Gesetzlichkeit und Demokratie legten / Die „Tätigkeit" der Sozialrevolutionäre / LYDIA KONOPLEWA: Offener Brief an Viktor Tschernow / M. TOMSKI: Die Aufgaben der Gewerkschaften / FRANZ JUNG: Den Vorhang weg! / MARCEL FOURRIER: Das Petroleum von Baku und die Spekulation auf Rußland

168 Seiten Preis Mk. 45.—

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom
VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, **HAMBURG 8**

Fahrraddecken 95, 120, 150 M.
Luftschläuche 25, 35, 45 M.
Versand nach auswärts. Engen Gebr., Berlin, Badstraße 13

Stocklaternen
mit Stock und Licht 1.80 Mark. Lampions billig. Papiermützen von 20 Pfennig an. Vereinsbedarf, Feuerwerks-Sortimente zu 10, 15 bis 100 Mark und höher. Bengalfeuer. A. Maass & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84, an der Zimmerstr. 9-6 Uhr. Telephon: Moritzplatz 5-2

Heilanstalt
für inn. u. äuss. Krankheiten. Nervosität, Magen- u. Verdauungsschwäch., Mattigkeit, Aufstoßen, Kopf- u. Rückenschmerz., Herz- Nier.- Leb.- u. Gallenleid., Haut-, Harn- und Frauenleiden, Syph. schnelle, schmerzlose Behandlung.
Untersuch. u. Berat. kostenl.
G. Andres, Invalidenstr. 147, I. Et.
Sprechst. 9-1 u. 3-8.

Kein Laden

Schuhwaren
Damen weiß Leinen Spangenschuhe **68.00**
in guter Lederausführung. Ia Ausführung, Schnür, Spange und Kreuzspange ... Mk. 150.—

Braune Sandalen in bester Lederausführung Gr. 31-35 175.00 Gr. 27-30 150.00 Gr. 25-26 **125.00**

Herren Ia Rindbox- u. Chevreau-Stiefel **375.00**
in guter Leder-Ausführung! Solange Vorrat reicht .....

Damen Ia Lack Schnürschuhe **495.00**
in bester Kalblack-Ausführung, kurze hübsche Form .. nur

Ferner unterhalten wir grosses Lager in schwarzen, braunen und weissen Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln zu ausserordentlich billigen Preisen.

Schuhhaus Katz
vorn 1 Treppe **10 Münzstraße 10** vorn 1 Treppe
Verkaufsstelle für Potsdam, Werder u. Umg.: Glindow, Dorfstr.
Jeder Käufer erhält 1 Paar Ia Gummiabsätze gratis.

Kein Laden

Kein Laden

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsst. Berlin S 2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.75 M. netto. Stellengesuche: Überschriftswort 2.—, jed. weit. Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Fabrikneu, billig. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Fahrräder, Kinderwagen, Puppenw. Weiblich, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Central-Leihhaus
Jägerstr. 71, Ecke Kronenstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Raglans zu spottbillig. Preisen. (Keine Lombardware).

Gardinen.
Habe keinen Laden und sonstige Geschäfts-Unkosten, daher bedeutend billiger wie überall. Einige Beispiele: Künstlergardinen, dreiteilig, jedem Geschmack entsprechend, weiß, creme, bunt; Garnitur 90,—, 110,—, 125,— bis 400. Moderne Stores 75,— bis 300,—. Bettdecken 55,—, 75,— bis 400,—. Gardinenstoffe, Scheibengardinen, Madrasgardinen, Leinenportieren, Zuggard., Tischdecken, Diwan-Decken usw., weit unterm Ladenpr. Eisniher, Wichertstraße 73, 1 Tr. (f. Laden), am Ringbahnh. Schönhauser Allee, Hochbahnstation Nordrg., Fahrtvergütung.

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware, Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

3000 Anzüge
Schlüpfer, Paletots, Gummimäntel, Hosen, Damenmäntel usw. gelangen täglich billig zum Verkauf. Daher finden Sie das Richtige und lohnt sich der Weg. Fahrgeldvergütung. Leihhaus Bergmannstraße 47.

Silberfüchse 400.—, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung. Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Staunenerregend!
Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Blaufuchs-, Zobel- und Silberfüchsen. Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Kinderwagen.
Klappsportwagen, Kinderbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Potsdamerdamm 93.

Kredit-Kauf.
Gardinen, Madras, Bett- und Diwandecken, Anzüge, Schlüpfer, größte Auswahl, bequeme An- und Abzahlung. Elsasser Str. 44 I, nahe Oranienburger Tor.

Möbel

Menuettschlafzimmer 2100, englische Bettstelle komplett 2500, Küchenbüfett 2100, Speisetisch 950. Möbelhaus Kameling, Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg.

Teilzahlung.
Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 38 (5 Minuten vom Alexanderpl.), im Norden: Badstr. 47-48.

Möbelspeicher
„Gesundbrunnen", Badstraße 51. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern. Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebrauchte Küchen prima Emaillelack. — Auch außerhalb.

Chaiselongues 325, Metallbetten 300, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen, Welche, Anklamer 32a, Quergeb.

Möbelhaus
Rehfeld, Badstraße 54, noch billige Gelegenheitskäufe in neuen u. gebrauchten Schlafzimmern: Küchen von 1000,—, Schreibtische, Sofas, Stubeneinrichtung 3900,—.

Chaiselongues,
Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 460,— an. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse,
alte, dreiteilige, Kugellager, kauft Autofeuter, Oderberger Straße 1.

Musikinstrumente,
alte, auch zerbrochene kauft „Lyra", Schwedter Straße 254.

Pistolen
und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 80.

Schreibmaschinen
kauft Hirsch, Ruppiner Straße 37.

Kugellager
kauft zu hohen Preisen Baumert, Hussitenstr. 44 vorn IV.

Schallplatten,
alte, kauft Metallkontor, M. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale, Jennstr. 52. Moabit 6984.

Metallschmelze Reinickendorferstraße 35 (nur im Laden) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Glühbirnen.
Bastlampen, sämtliches Elektromaterial kauft Hans Boecker, Straußberger Str. 44. Laden. Reelle Preise.

Fahrräder

Fahrradankauf.
Linienstr. 19.

Vermietungen

Wohnungen
vermietet, tauscht, Baß, Gollnowstr. 35, Osten: Lange Str. 78, Wedding: Lindower Str. 6, Spittelmarkt: Seydelstr. 2, Südosten: Wiener Str. 27. Bekanntester Wohnungsnachweis Berlins.

Eine Antwort an die Kommunisten

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands richtete am 16. Juni 1922 einen offenen Brief an die Zentrale der Unabhängigen Soz. Partei Deutschlands. In diesem offenen Brief legt die kommunistische Zentrale unserer Partei die Frage vor, ob sie bereit wäre, in Verhandlungen einzutreten über gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten gegen die Reaktion.

Die Zentrale unserer Partei hat daraufhin folgende Antwort gegeben:

„An die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands,
Berlin C. 54, Rosenthalerstraße 38.

Werte Genossen!

Sie haben öffentlich die Frage an uns gerichtet, ob unsere Organisation zu einem einheitlichen Handeln mit Ihrer Organisation gegen die Reaktion bereit ist.

Diese Frage richten Sie an uns, nachdem Führer Ihrer Organisation auf Anweisung von Moskau — wir verweisen auf den Artikel Sinowjews in der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom 23. Mai 1922 — die von den drei Exekutiven eingesetzte Neunerkommission gesprengt haben, die zu dem ausgesprochenen Zweck eingesetzt war, dem gemeinsamen Handeln aller Arbeiterorganisationen gegen die Reaktion die Wege zu bereiten.

Diese Frage richten Sie an uns, während zu gleicher Zeit in Moskau Führer Ihrer Organisation durch fortgesetzte Wortbrüche aller Welt den Beweis liefern, daß Ihnen Vereinbarungen mit anderen Arbeiterparteien das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen.

Sie, als Führer Ihrer Organisation, bekommen es fertig, zu gleicher Zeit einen Brief an uns zu richten, in dem Sie uns zu einem einheitlichen Handeln mit Ihrer Organisation gegen die Reaktion einladen und Ihre Vertreter nach Sachsen zu schicken, um dort die Kommunisten scharf zu machen zum gemeinsamen Handeln Ihrer Organisation mit der Reaktion gegen die sozialistische Regierung.

Die sozialistischen Regierungen sind wichtige Positionen des Proletariats gegen die Reaktion. Alle Arbeiterorganisationen, denen es mit dem gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion ernst ist, müssen sich gemeinsam für die Erhaltung auch der sozialistischen Regierungen einsetzen. Auf Ihre Anweisung hin tun Ihre Organisationen das Gegenteil, so seinerzeit in Braunschweig und jetzt in Thüringen und Sachsen.

Sie wünschen sich mit unserer Organisation über ein gemeinsames [illegible] gegen die Reaktion zu unterhalten und geben Ihren Organisationen zu gleicher Zeit Anweisungen, Versammlungen zu sprengen, die von unserer Organisation, um das Proletariat über seine Aufgaben aufzuklären und zum Kampf gegen die Reaktion mobil zu machen, einberufen werden. Sie erblicken offenbar in dem systematischen Versammlungsterror Ihrer Beauftragten gegen unsere und andere Arbeiterorganisationen ein geeignetes Mittel, die Arbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Handeln gegen die Reaktion zusammenzuführen.

Gerade in diesen Tagen erhalten wir Berichte von unseren Organisationen aus dem Reich mit Angaben darüber, daß Kommunisten sich an Vereinbarungen mit anderen Arbeiterorganisationen über ein gemeinsames Handeln gegen die Reaktion nicht gehalten haben, daß sie im Gegenteil über alle von ihnen vorher mitgetroffenen Vereinbarungen hinaus gemeinsame Kundgebungen gegen die Reaktion durch Sonderaktionen gestört oder gar gesprengt haben, wodurch die Wirkung der gemeinsamen Aktionen der Arbeiter gegen die Reaktion beeinträchtigt wurde.

Bis vor kurzem hatte es den Anschein, als ob bei den Führern Ihrer Organisation die bessere Einsicht über das Verfehlte der von Moskau befohlenen Taktik der Kommunisten gesiegt hätte. Es waren deshalb Anfänge einer Besserung des Verhältnisses Ihrer Organisation zu den übrigen Arbeiterorganisationen unverkennbar. Es war sogar in verschiedenen Teilen Deutschlands möglich, in einzelnen Fällen gemeinsame Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen mit den Kommunisten ohne bolschewistische Störungen und Eigenbrödeleien durchzuführen. Leider ist diese bessere Einsicht gegenwärtig wieder vollkommen verdrängt worden durch die von Moskau erneut angeordnete Taktik des wüstesten Kampfes nicht gegen die Reaktion, sondern gegen andere Arbeiterorganisationen.

Aus allen diesen Tatsachen können Sie die Antwort auf Ihre Frage selbst finden, nämlich, daß es nicht möglich ist, mit Ihrer Organisation gemeinsame Handlungen gegen die Reaktion herbeizuführen. Das wird so lange nicht möglich sein, wie Ihre Organisation von Führern beherrscht wird, die zwar Parolen herausgeben für die Einheitsfront des Proletariats und Briefe schreiben an andere Arbeiterorganisationen, in denen diese zum gemeinsamen Handeln gegen die Reaktion eingeladen werden, die aber in Wirklichkeit nicht gewillt sind, ehrlich die Proletarier zusammenzuführen. Alle Ihre Parolen und Briefe entstehen aus Ihrer hinterhältigen Absicht heraus, andere Arbeiterorganisationen nicht als Bundesgenossen zu gewinnen, sondern zu zertrümmern und als Verräterorganisationen zu verleumden und zu beschimpfen. Ihnen liegt es daran, den längst erloschenen Glanz Ihrer Bewegung wieder aufzufrischen durch skrupellose parteiegoistische Manöver.

Wir sind überzeugt davon, daß auch die Arbeiter, die heute noch in der kommunistischen Bewegung stehen, über kurz oder lang erkennen werden, daß die Taten der kommunistischen Führer der Reaktion nützen und die proletarische Bewegung schädigen.

Wir werden, trotz Ihrer Treibereien gegen unsere und andere Arbeiterorganisationen, nicht davon ablassen, das Proletariat in seiner Gesamtheit über seine wahren Aufgaben aufzuklären und es wieder kampffähig und geschlossen zu machen gegen alle Vorstöße der Reaktion.

Wir werden nach wie vor unsere Organisation ohne Rückhalt den Dienst des proletarischen Klassenkampfes stellen.

Mit sozialistischem Gruß

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
J. A.: gez. Crispien.

Das Versagen der SPD. gegen den Brotwucher

Ueber dieses wieder aktuell gewordene Thema herrscht bei den Arbeitern im rechtssozialistischen Lager hellste Empörung. Wir bekamen schon vor einigen Wochen darüber eine Zuschrift eines rechtssozialistischen Arbeiters, die wir bisher aus Raummangel immer wieder zurückgestellt haben. Angesichts der Tatsache, daß die SPD. jetzt bei der Getreideumlage sich den Anschein gibt, energisch den Wucher zu bekämpfen, scheint es uns angebracht, diese Zuschrift auch jetzt noch zu veröffentlichen, um die Stimmung zu kennzeichnen, die dabei treibend hinter der Leitung der SPD. steht.

Berlin, den 20. Mai 1922.

Werte Redaktion!

Seit 1904 bin ich eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemok. SPD. Ich kann und werde es nie gutheißen, daß eine Spaltung stattgefunden hat. Denn die Folgen sind unser jetziges Unglück. Aber schwer wird es manchmal einem gemacht, an den guten Willen einzelner „Führer“ der SPD. zu glauben. Es wurde uns beim Zahlabend am Mittwoch berichtet, daß USP. und KPD. angefragt hätten, ob SPD. an einer gemeinsamen Demonstration gegen den überhandnehmenden Wucher sich beteiligen würden. Unsere Partei hätte aber abgelehnt mit der Begründung, daß da nichts zu machen ist. Kismet. Das hätte ich und ich glaube viele meiner Parteigenossen denn doch nicht für möglich gehalten. Gerade hier, wo alle Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentner usw. einmütig diesen Schritt begrüßen würden, hier versagt schon wieder meine Partei. Wo es doch jedem sehenden Menschen in ganz Deutschland klar ist, daß der größte Teil aller Produzenten und Händler in einer schamlosen Weise von Tag zu Tag sich an ihren Wucherpreisen bereichern. Man braucht doch nur um sich zu schauen, überall schwerer Reichtum, das ist doch kein altes Geld, sondern das an allen Waren zu viel verdiente Geld. Und sie sollen doch alle an den traurigen Kriegsfolgen mitleiden. Aber das Gegenteil ist der Fall. Alle diese Kreise leben besser als vor dem Kriege, und wir, die wir täglich arbeiten, können uns kaum ein Hemd anschaffen.

Es ist nicht nur die Valuta, wie man uns immer sagt, sondern der ausgesprochene Wuchersinn dieser Klassen. Verdienen wird dreimal groß geschrieben. Alle Preise könnten in Deutschland sofort gesenkt werden, wenn alle Produzenten und Händler sich mit weniger zufrieden geben würden. Alle schreien, die hohen Löhne sind schuld, dabei geben sie uns das Dreißigfache kaum, und nehmen uns das Hundertfache ab. Aber mit gutem Zureden ist diese Sorte nicht mehr zu bessern. Nur wenn alle Verbraucherkreise in größter Einigkeit — auch der Soldat und Polizeimann leidet — und mit festem Willen sagen, das lassen wir uns, die wir alles schaffen, nicht mehr gefallen, dann kann es besser werden. Wir wollen nur um das leiden, was uns der Krieg gebracht hat, aber nicht, denen, die ja immer Hurra geschrien haben, noch extra die Taschen füllen. Am 9. November 1918 hätte keiner von diesen Menschenaussaugern es gewagt, sich diese Prozente, die er jetzt für gut befindet, einzusacken. An diesem Tage waren Landwirte, Industrielle und Händler klein, ganz klein. Sie alle kannten ihre Sünden, gerade so wie Ludendorff und der tapfere Wilhelm.

Deshalb bitte ich, daß die USPD. und KPD. den Gedanken der Demonstration und alle sonstigen Erwägungen nicht aufgibt, sondern im Gegenteil mit aller Macht in ganz Deutschland gegen den Wucher die Massen aufruft. Wenn unsere Führer zu satt sind, oder zarte Rücksicht auf Ministerkollegen haben, so sollen sie sich begraben lassen, ehe die Bretter noch teurer werden. Wir möchten uns aber von Agrariern, Kohlenbaronen usw. nicht mehr länger als Idioten bewerten lassen, denn wir haben an deren Menschenverachtung gelernt. Die sind nicht so anständig, wie wir am 9. November 1918 waren.

Mit Hochachtung

N. 20, Bastianstraße 4. — H. Gottschalk.

NB. Die werte Redaktion kann von meiner Meinung jeden beliebigen Gebrauch machen.

Mögen die rechtssozialistischen Arbeiter dafür sorgen, daß ihre Führer jetzt bei der Getreideumlage nach einer Weile großer Worte und Gesten nicht aufs Neue versagen, wenn es hart auf hart geht.

Heute so, morgen anders

Als wir der Regierung und vor allem den Rechtssozialisten den Vorwurf machten, sie ließen der Republik alles antun, ohne sie zu schützen, da polemisierte Herr Heilmann gegen uns und fragte naiv, was wir eigentlich wollten; „was sollen wir denn tun?“ — Das war vor zirka acht Tagen. Gestern schreibt die Heilmann-Korrespondenz: „Wie lange will die Regierung noch Blut fließen lassen, ehe sie diesen brutalen Provokationen ein Ende macht?“ —

Wofür die SPD. Gelder bewilligt. Die Rechtssozialisten haben im Reichstag bekanntlich 34 Millionen Mark für die Technische Nothilfe bewilligt. Jetzt wird bekannt daß das Reichsministerium des Innern ein „Handbuch für den Dienstbetrieb der Teno“ herausgegeben hat, das auf 786 Seiten restlos die Akten der „Technischen Nothilfe“ enthält. Reichsminister des Innern ist der Sozialdemokrat Dr. Köster. . . .

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1919 by Ullstein & Co., Berlin.

(93. Fortsetzung.)

„Du hast mich absichtlich hineingeworfen!“ rief sie und drohte mir mit der nassen kleinen Faust. Ich bestritt das natürlich, doch sie glaubte mir nicht, und mit unsrer Freundschaft war es für immer aus.

Im Haushalt des Prinzipals hatte sich gegen früher nicht viel verändert, es ging da ebenso langweilig zu wie einst. Die Alte war mir ebenso feindlich gesinnt wie zuvor, und die Junge sah mich mit Mißtrauen an. Viktorchen, der von den vielen Sommersprossen noch rüter als sonst aussah, war ewig mißgestimmt und schnaubte alle grob an.

Der Prinzipal hatte sehr viel zu zeichnen, er konnte die Arbeit mit Viktor allein nicht bewältigen und nahm meinen Stiefvater als Gehilfen an. Eines Tages, als ich früher als sonst vom Jahrmarkt zurückkehrte und das Eßzimmer betrat, sah ich ihn, den ich längst vergessen hatte, mit meinen Leuten zusammen am Teetisch sitzen. Er streckte mir die Hand entgegen und wünschte mir einen guten Abend. Ich war verblüfft durch das unerwartete Zusammentreffen, und die Erinnerung an die Vergangenheit tauchte jäh und schmerzlich in meiner Erinnerung auf.

„Hast 'neu Schreck gekriegt, was?“ rief der Prinzipal mir zu.

Der Stiefvater sah mich mit einem Lächeln in dem unheimlich abgemagerten Gesicht an. Seine dunklen Augen waren noch größer geworden, und seine ganze Erscheinung hatte etwas Abgetragenes, Zerknittertes. Ich schob meine Hand zwischen seine heißen, dünnen Finger.

„Ja, so trifft man sich wieder,“ sagte er hüstelnd.

Ich ging aus dem Zimmer mit einem Gefühl, als hätte ich Prügel bekommen.

Wir traten in ein nicht ganz klares, vorsichtiges Verhältnis zueinander. Er redete mich mit dem Vor- und Vaternamen an und sprach mit mir wie mit einem Gleichberechtigten.

„Wenn Sie zum Kaufmann gehen,“ sagte er zum Beispiel, „bringen Sie mir doch, bitte, ein Viertelpfund Tabak, Marke Laserne, und hundert Zigarettenhülsen mit, außerdem ein Pfund Bratwurst...“

Das Geld, das er mir zu den Einkäufen gab, war stets von seiner fieberheißen Hand unangenehm angewärmt. Es war klar, daß er die Schwindsucht hatte und nicht mehr lange leben würde. Er wußte das und sagte, an seinem spitzen schwarzen Kinnbart drehend, mit seiner ruhigen Baßstimme:

„Ich leide an einer Krankheit, die fast unheilbar ist. Doch wenn ich viel Fleisch esse, kann ich vielleicht noch geheilt werden. Ausgeschlossen ist es nicht...“

Er aß unheimlich viel und rauchte dabei ununterbrochen Zigaretten — nur wenn er aß, nahm er sie aus dem Munde. Ich kaufte für ihn jeden Tag Wurst, Schinken, Sardinen, aber unsre Alte meinte in ihrer boshaften Weise:

„Der Tod läßt sich durch die besten Bissen nicht abwenden, den betrügst du nicht, nein!“

Der Prinzipal und seine Frau erwiesen meinem Stiefvater eine Art ironischer Aufmerksamkeit, die etwas Verletzendes hatte: sie schlugen immer neue Mittel gegen seine Krankheit vor, um sich hinter seinem Rücken über ihn lustig zu machen.

„Ein schöner Edelmann!“ meinte die junge Frau. „Die Krümel müsse man öfter vom Tische abfegen, sagt er, damit sich die Fliegen nicht so vermehren!“

„Freilich, immer vornehm!“ höhnte die Alte. „Mag der Kittel noch so verschabt sein und glänzen, gebürstet wird er immerzu, daß ja kein Stäubchen drausitzt! Zu heikel ist der adlige Herr.“

„Laßt ihn schon in Ruhe, ihr bissigen Hühner — er wird ja doch bald sterben,“ sagte der Prinzipal ihnen zum Troste.

Diese törichte kleinbürgerliche Feindseligkeit gegen den Adligen brachte mich unwillkürlich meinem Stiefvater näher; ist der Fliegenpilz auch ein Giftpilz, so ist er doch wenigstens schön.

Wie ich den mühsam Atmenden da so mitten unter diesen Leuten sah, kam er mir wie ein Fisch vor, der durch einen seltsamen Zufall in eine Hühnerhecke geraten ist. Ich entdeckte an ihm manchen Zug, der mich an meinen alten Freund „Schöne Sache“ erinnerte: wie dieser, lebte er fremd und ungeliebt unter den Menschen, behandelte alle auf gleiche Weise, sprach niemanden zuerst an und gab, wenn man Fragen an ihn richtete, stets ausgesucht höfliche, kurze Antwort. Ganz besonders gefiel mir die Art, wie er dem Prinzipal Belehrungen erteilte. Am Tische stehend, beugte er den Oberkörper weit vor, klopfte mit dem trockenen Fingernagel auf das dicke Zeichenpapier und erklärte ruhig und gemessen:

„Hier muß unbedingt eine Verbindung zwischen den Dachsparren hergestellt werden, dadurch wird der Druck auf die Wände verringert...“

„Ja, das stimmt, weiß der Teufel,“ brummte der Prinzipal. Die junge Frau aber sagte, als der Stiefvater fort war, im Tone des Vorwurfs:

„Ich muß mich sehr wundern, daß du von ihm solche Belehrungen annimmst!“

Ganz besonders ärgerte es sie, daß der Stiefvater nach dem Abendessen seine Zähne putzte und sich den Mund ausspülte, wobei er den spitzen Kehlknorpel weit vorstreckte.

„Sie sollten doch den Kopf nicht so weit zurückbeugen,“ sagte sie mit saurer Miene, „das kann Ihnen nur schaden...“

„Wieso?“ fragte er höflich lächelnd.

„Na... eben so...“

Ob er sich die Nägel putzte oder sonst eine seiner Gewohnheiten ausübte, stets hatte sie etwas an ihm auszusetzen. Die Alte beklagte sich in ihrem Abendgebet bitterlich beim Herrgott darüber, daß ihr Viktorchen wieder hinter einem Fremden zurückstehen müsse — Viktorchen aber hatte sich den Stiefvater zum Muster genommen und ahmte ihn in seinen Gewohnheiten, der langsamen Gangart, den sicheren Handbewegungen, nach, suchte seine Krawatte ebenso schwungvoll zu binden und beim Essen das Schmatzen zu unterdrücken.

„Sagen Sie, Maximow — was heißt ‚Knie‘ auf französisch?“ fragte er den Stiefvater grob.

„Man nennt mich Jewgenij Wassiljewitsch,“ erwiderte dieser ruhig, mit leiser Rüge.

„Nun, schön! Und was heißt ‚Brust‘?“

Beim Abendbrot redete Viktorchen seine Mutter auf französisch an:

„Ma mère, donnez-moi encore von dem Pökelfleisch!“

„Ach, du Französchen!“ lachte die Alte ganz entzückt.

(Fortsetzung folgt.)

Der Gewerkschaftskongreß in Leipzig

Eigenbericht der „Freiheit"

Leipzig, 19. Juni 1922.

Der Vorsitzende des ADGB., Theodor Leipart, eröffnete die Tagung mit einer kurzen Ansprache, in der er der rapiden Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen und ihres wachsenden Einflusses Erwähnung tat. Aber not tue dem weiteren Vorwärtskommen die Einigkeit der Arbeiter.

Der Eröffnungsansprache folgten Begrüßungsreden im Auftrage der Leipziger Gewerkschaften durch Schilling sowie des Stadtrats Dietze. Nach ihnen ergriff der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns das Wort. Ueber dessen Ausführunen haben wir schon kurz berichtet. Sodann sprachen der sächsische Arbeitsminister, Genosse Nistau, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Fimmen, Hueber von den österreichischen Gewerkschaften, Blaemunnk-Brüssel, Waker-London, Johansen-Stockholm, Jacobsen-Kopenhagen, Bonnepie-Norwegen, Zalawski-Warschau, A. Walle-Amsterdam, Dürr-Bern, Jaszai-Budapest und Schingen-Luxemburg.

Russen waren nicht vertreten, da die russischen Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale nicht angehören. Nach weiteren Begrüßungsworten des Genossen Aufhäuser für den Afa-Bund und Hoffmanns für den Zentralverband der Konsumvereine erfolgte die Wahl des Bureaus.

Zu Vorsitzenden wurden Leipart (ADGB.), Reichelt (Metallarbeiter) und Parnlow (Bauarbeiter), zu Schriftführern Sack (Fabrikarbeiter), Haas (Landarbeiter), Reichelt (Textilarbeiter), Kuhn (Schuhmacher) und Wirth (Eisenbahner) gewählt.

Eine längere Debatte knüpft sich an den Vorschlag des Bundesvorstandes an, die bisherige und gedruckt vorliegende Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß Anträge auf namentliche Abstimmung mit 100 Unterschriften statt bisher 50 gestellt werden können. Dißmann erblickt darin die Absicht, ein Anti-Kommunistengesetz zu schaffen und warnt mit Eindringlichkeit den Kongreß, auf diese Weise eine Entrechtung der Minderheit vorzunehmen. Walcher von den Kommunisten und bemerkenswerterweise der Rechtssozialist Kimmich vom Textilarbeiterverband treten dieser Warnung Dißmanns bei. Die Abstimmung ergibt schließlich 304 Stimmen gegen und 852 Stimmen für die vorgeschlagene Erhöhung auf hundert.

Zu Punkt 2 bis 7 der Tagesordnung werden Korreferate beantragt. Man verständigt sich dahin, daß zu der Frage der Industrieverbände und der über Wirtschaftsräte je ein Korreferent und zu den anderen strittigen Fragen Redner mit verlängerter Redezeit von jeder Fraktion zugelassen werden.

Alsdann erstattet Leipart den

Geschäftsbericht.

Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und erklärt, sich auf einige ergänzende Mitteilungen beschränken zu wollen. Besonders ausführlich beschäftigt er sich mit dem Streik der Eisenbahnbeamten. Die Reichsgewerkschaft habe es an jeder Verständigung mit den übrigen Gewerkschaften fehlen lassen. Ein Eisenbahnerstreik dürfe nur dann eintreten, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Der Bundesvorstand habe die Pflicht, darüber zu wachen, daß mit gewerkschaftlichen Mitteln kein Mißbrauch getrieben werde. Verstehen müsse man den Ausbruch solcher Bewegungen aus der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage. Für die Arbeitnehmer gäbe es eben kein anderes Mittel, der Not zu begegnen, als fortgesetzte Lohnbewegungen. Die Lage der Arbeiterschaft habe sich fortgesetzt verschlechtert. Im allgemeinen sei über die

Durchführung des Achtstundentags in Deutschland

kein Anlaß zur Klage. An diesem selbst dürfe nicht gerüttelt werden. Auch durch das neuerfundene Schlagwort der schematischen Anwendung des Achtstundentags dürfe man sich nicht irre machen lassen. Eine solche Behauptung kennzeichne einen Mangel an Verständnis für die wirklichen Interessen des Proletariats. Wenn auch die Revolution in Deutschland nicht gekommen wäre, so hätte doch der Achtstundentag seinen siegreichen Einzug gehalten. Volkswirtschaftler haben ausgerechnet, daß die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen eine Heraufsetzung der Arbeitszeit in Deutschland von 8 auf 14 Stunden bedinge.

Die deutsche Arbeiterschaft sei für Erfüllungspolitik, müsse es aber ablehnen, dafür den Achtstundentag zum Opfer zu bringen.

Das planmäßige Vorgehen der deutschen Unternehmer gegen die 46-Stunden-Woche sei auch ein Ausfluß des Kampfes gegen den Achtstundentag überhaupt.

Man habe dem Bundesvorstand vorgeworfen, daß er nicht aktiv für die Verwirklichung seiner eigenen Forderungen, insbesondere der 10 Punkte eingetreten sei. Diese Kritik entspringe einem starken Vertrauen in die gewerkschaftliche Bewegung. Aber diese Forderungen seien nicht für den Tag aufgestellt, sondern bedeuten ein Ziel, das nicht von heute auf morgen verwirklicht werden könne.

In erster Linie seien diese 10 Punkte aufgestellt worden als Gegenforderungen gegen die freche Anmaßung der Unternehmer, die Staatsbetriebe in Privatbesitz zu überführen. **Auslieferung der staatlichen und kommunalen Betriebe in die Hände der Privaten hätte uns immer mehr vom Sozialismus entfernt.** Es wäre eine große Tat des Kongresses, wenn er einen Weg zeigen könnte zur Wiederherstellung der proletarischen Einigkeit.

Zum Schluß weist Leipart auf die wiederholten Versuche hin, die Gewerkschaften tiefer in die politische Bewegung zu rücken. Diesen Versuchen habe sich der Bundesvorstand widersetzt und werde dies auch künftig tun.

*

Die Aussprache über den Geschäftsbericht

Eigenbericht der „Freiheit".

Leipzig, 20. Juni

Bevor heute vormittag in die Aussprache über den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes eingetreten wird, erhält der Vertreter der französischen Gewerkschaften Jouhaux das Wort zu einer Begrüßungsansprache: Zum ersten Male nach dem Kriege besucht das französische Proletariat durch seine Vertreter des Kongresses der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die er als den sichersten Hort der demokratischen Republik bezeichnete.

Die wichtigste Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung sei der Kampf gegen Imperialismus und Militarismus.

Um diesen Kampf siegreich zu bestehen, muß die Arbeiterschaft in der ganzen Welt immer mehr das soziale und wirtschaftliche Leben beherrschen. Erste Voraussetzung dafür sei aber ein enges Bündnis zwischen **französischem und deutschem Proletariat.** Jouhaux schloß seine Rede, von stürmischem Beifall begrüßt, mit einem Hoch auf die Internationale der Arbeit.

Nach einer Versicherung des Vorsitzenden Reichelt, daß das deutsche Proletariat entschlossen ist, den festen Zusammenschluß mit den französischen Klassengenossen herbeizuführen, trat man in die

Diskussion über den Geschäftsbericht

ein. Als erster Redner sprach für die Kommunisten der Vorsitzende der kommunistischen Gewerkschaftszentrale **Jakob Walcher.** Ausgehend von der Teuerung, streifte er die reaktionären Treibereien im Reiche und forderte verschärften Kampf gegen die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen gegen das Proletariat. Eine heftige Kritik setzte er an das Verhalten des Bundesvorstandes hinsichtlich seiner zehn Forderungen an. Die Haltung der „Betriebsrätezeitung" sei ein Hohn auf den Sozialismus und ein Skandal. Trotzdem der ADGB. acht Millionen Arbeiter organisiert hat, werde das Unternehmertum von Tag zu Tag frecher und anmaßender. Der ADGB. sei an diesen Erscheinungen nicht schuldlos. (Zwischenrufe und Zustimmungskundgebungen.) Die Betriebsräte seien nichts weiter als Beschwichtigungsräte.

Walcher streift das Versagen des Bundesvorstandes beim Kapp-Putsch, sein Verzicht auf die Erfüllung des Bielefelder Abkommens und geht alsdann zum Eisenbahnerstreik über. Bei allem Tadel, den man auch der Reichsgewerkschaft nicht ersparen könne, käme doch das Verhalten des ADGB. zum Eisenbahnerstreik einem Dolchstoß in den Rücken der Streikenden gleich. Der beste Beweis für die falsche Politik des Bundesvorstandes sei allein der Ausspruch des Reichsarbeitsministers Braun, wonach zwischen Regierung und ADGB. keine Differenzen bestünden. (Beifall bei den Kommunisten.)

Als zweiter Diskussionsredner sprach

der Genosse Robert Dißmann

(Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes):

Die drei Jahre Arbeitsgemeinschaft und **Koalitionspolitik** seit Nürnberg haben der Arbeiterschaft **nichts gutes** gebracht.

Eine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit sei eine gefährliche Illusion.

Wenn hier von Volksgemeinschaft gesprochen wird, so **verstehe ich darunter nur die Interessen des werktätigen Volkes.** Eine „Volksgemeinschaft" mit den Unternehmern und unseren Gegnern muß die Arbeiterklasse ablehnen. Das haben wir bereits auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß gesagt, wo leider unsere Warnungen in den Wind geschlagen wurden.

Das Koalitions- und Streikrecht

darf unter keinen Umständen aufgegeben werden. Wie sehr es gefährdet ist, hat der Eisenbahnerstreik bewiesen. Den Reichs- und Staatsbeamten aus unseren eigenen Reihen müssen wir auf die Finger sehen. Die vielen Streikpostenverbote zeigen uns, daß immer noch die alte Justiz weiterbesteht. Auch die Rechtsprechung auf sozialem Gebiet beweist das täglich. Die Schlichtungsausschüsse scheren sich den Teufel um die Anordnung des Reichsarbeitsministeriums.

Die Schlichtungsordnung

wie sie im Entwurf dem Reichstag vorliegt, ist für die Arbeiterschaft unannehmbar und muß unbedingt abgelehnt werden, besonders, wenn der Zuchthausparagraph 55 bestehen bleibt. Scharf geht Genosse Dißmann ins Gericht mit der

Technischen Nothilfe,

für die man Millionen bewilligt, während für Sozialisierungsbestrebungen angeblich die Mittel fehlen. Freilich ist die Sozialisierung nicht durch Arbeitsgemeinschaften mit Stinnes und den Grubenbaronen zu erreichen, sondern nur durch den Klassenkampf. Allein die Tatsache, daß Stinnes aus Freude über die Arbeitsgemeinschaft einen seiner Dampfer „Karl Legien" nannte, zeigt uns, welchen Interessen der wirtschaftliche Burgfriede dient.

Mit der

Forderung der Erfassung der Sachwerte

hat der ADGB. dem Willen der gesamten Arbeiterklasse zur Erfüllungspolitik auf Kosten der Verantwortlichen Rechnung getragen. Wenn der Bundesvorstand aber jetzt kommt, und behauptet, seine zehn Punkte seien ein Ziel, das erst langsam erreicht werden kann, so müsse man darauf hinweisen, daß zwischen dem Endziel und der bloßen Aufstellung der Forderungen ein großes Etappenfeld liege, auf dem unbedingt vorwärtsgeschritten werden müßte. — Genosse Dißmann ging dann

zur Frage der Einigung des Proletariats

über. Um zur Einigkeit zu kommen, müßte eine geistige Annäherung der einzelnen Richtungen erfolgen. Wenn aber ein Teil den Burgfrieden auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet pflegt, während ein anderer Teil immer wieder auf Befehl von Moskau handelt, ist leider an Einigung nicht zu denken. Genosse Dißmann schloß seine Ausführungen mit dem Appell an alle Organisationen der Arbeiterschaft, sich zusammenzutun, um endlich die Voraussetzungen zu einer Einigung zu schaffen durch gemeinsame Aktionen in der Defensive, in die leider das Proletariat auf allen Gebieten geraten ist.

Die Ausführungen des Genossen Dißmann wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Eingehen des Baakeschen Korrespondenzbureaus. Der „Vorwärts" teilt mit, daß das „Parlamentsbureau Baake" am 1. Juli geschlossen wird, nachdem der Inhaber Kurt Baake bereits im November 1918 aus demselben ausgeschieden ist. Das Baakesche Bureau bestand etwa 30 Jahre. Bewegte sich seine Berichterstattung schon vor dem Kriege gern in reformatorischen Bahnen, so trat diese Tendenz nach dem August 1914 unverhüllt hervor. Das hat nicht verhindern können, daß es der Konkurrenz des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes erlegen ist. Friede sei dem Dahin-

---

Filmschau

Zwei Jahre lang ist Paul Wegener mit keinem neuen Filmwerk hervorgetreten. Man wunderte sich darüber nicht; man wußte, daß Wegener, der nicht nur die ersten Versuche, den Film zu veredeln, unternommen, sondern die edelsten Filme auch selbst geschaffen hat — man wußte, daß er seine Pläne langsam ausreifen läßt. Denn er strebt — im Gegensatz zu seiner Kollegenschaft — danach, wenig zu produzieren, aber viel zu leisten. Mit um so größeren Erwartungen geht man also in die Pressevorführung seines soeben fertiggestellten Films: „Herzog Ferrantes Ende". Doch da stellt man fest, daß auch bei anspruchsloserer Einstellung der Kritik diesmal von einer Enttäuschung gesprochen werden müßte!

Sieben „Kapitel" besingen das Ende — nein, das Leben und die Taten des Herzogs Ferrante. Sein Ende, von Verschwörerhand herbeigeführt, kommt verhältnismäßig spät, nämlich im letzten Kapitel, und trotzdem staunt man, daß es überhaupt so kommt! Denn gewöhnlich nimmt ein Fürst, dessen Lebensaufgabe darin besteht, die Zahl seiner Landeskinder zu vermindern — und welcher Fürst hätte je eine andere Aufgabe gehabt? — gewöhnlich nimmt solch ein Fürst ein recht natürliches Ende. Bis dahin aber sonnt er sich in der Liebe seiner Untertanen, die sich der allerhöchsten Gnade, zu den wenigen Ueberlebenden zählen zu dürfen, würdig erweisen, indem sie im Fall seiner Flucht noch vor dem verlassenen Thronstuhl in Ehrfurcht ersterben, um durch dies Schauspiel dem Flüchtling den Stoff für Memoiren und die Aussicht auf ein dankbares Lesepublikum zu bieten. Unter solchen Umständen hat der Herzog Ferrante ganz besonderes Pech! Er hätte eben nicht im Mittelalter, sondern erst unter uns leben und wirken müssen, und er würde erfahren, daß wir viel zu großzügig sind, als daß wir ihm seine, nach neuzeitlichem Maßstab gemessen, ziemlich harmlose Grausamkeit verübelten! Es macht ihm halt Spaß, hin und wieder einen Untertan eigenhändig abzuschlachten und die paar Opfer in den Nischen seiner Kellerräume aufzustellen, also sich sozusagen eine Art Kastans Panoptikum anzulegen. Und damit will Wegener uns gruselig machen, uns, die wir Wilhelms Panoptikum erlebt haben, ohne zu erschauern, wenn seinem Arrangeur selbst dieses noch zur Einnahmequelle wird!

Was man unter Aufbau einer dramatischen Handlung versteht, das gibts im „Ferrante" nicht. Nach Abrollen eines jeden Akts hat man das Gefühl, daß man ihn nicht vermissen würde, wenn er ausgefallen wäre, denn mit keinem kommen neue Momente hinzu. Wegener hat vielleicht die Absicht gehabt, undramatische Szenen aneinanderzureihen und sie auf reine Bildwirkung zu stellen. Aber auch diese fehlt, denn die einzige Szene, von der eine Bildwirkung ausgeht, die Szene, die mit Ferrante und seinen mit vorgestreckten Lanzen um ihn gescharten Söldnern einem stacheligen Igel gleicht, die allein kann einen siebenaktigen Film nicht halten. Das „Panoptikum" zeigt ausdrucksvolle Masken des Bildhauers Georg Koch, was zwar beweist, daß Wegener die wertvollsten Künstler zur Mitarbeit heranzieht, was aber nicht über die Tatsache hinwegtäuscht, daß dieser Film ein Mißgriff ist!

Das kommt, wir sehens ja, in den besten Familien vor; nehmen wir es darum nicht allzu tragisch. Wir wollen es vergessen, weil wir wissen daß Wegener nicht nach diesem Ausnahmefall zu beurteilen ist! Dosio Koffler.

Die Volksfilmbühne ist am Dienstag, 13. Juni, im Gewerkschaftshaus gegründet worden. In den Verwaltungsrat, der aus 9 Mitgliedern besteht, sind gewählt worden: Justizrat Dr. Werthauer (zugleich Erster Vorsitzender) Dr. Bruno Löwenberg, Felix Stössinger, Bruno Süß, Karl Vetter und je ein Vertreter der Gewerkschaftskommission (Gustav Sabbath), der Afa (Walter Adamjetz), der Freien Lehrergewerkschaft (Alfons Schöne) und der Filmgewerkschaft (Franz Schnell). Der Kunstrat setzt sich ebenfalls aus 9 Mitgliedern zusammen. Es wurden gewählt: Heinrich Ströbel, Frau Berta Hansen, Dr. Paul Mahlberg, Dosio Koffler, Emil Lind, Franz Schneckenhaus, Eugen Stiller, Bruno Böhm, Martin Berger.

Näheres über die „Volksfilmbühne" finden unsere Leser im Lokalteil unserer heutigen Nummer.

Auf Patrouille gegen die Eisberge

Der zehnjährige Jahrestag des Unterganges der „Titanic" hat uns wieder daran erinnert, welche furchtbare Gefahr die Eisberge für die Schiffe bedeuten. Aber wie so oft große Katastrophen doch auch gute Folgen haben, so ist der Kampf gegen die Eisberge eigentlich erst auf Grund dieses Unglücks richtig organisiert worden. Es wurde daraufhin die „Internationale Eisbergkontrolle" ins Leben gerufen, die ihren Mittelpunkt in Washington hat und deren Patrouillen gerade jetzt im Monat Juni und Juli, in der eigentlichen Zeit der Eisberggefahr, ihren Kundschafterdienst verrichten. Der Mai und Juni sind die beiden Monate, in denen hauptsächlich die großen Eisgebirge aus den Polargegenden herunterkommen und den Schiffen auf dem Atlantischen Ozean gefährlich werden.

Solche Eisberge, die bis 100 Jahre alt sein mögen, bevor sie die Schiffahrtsstraßen kreuzen, sind Ausläufer der riesigen Polargletscher. Während die Gletscher in den Alpen oder in Norwegen, die weit vom Meere entfernt liegen, keine solchen gefährlichen Vorposten abschicken können, liegen die Gletscher von Grönland, Spitzbergen, Nowaja Semlja und anderen arktischen Gebieten direkt über dem Meeresspiegel und reichen bis an die Meeresküste, so daß gewaltige Massen leicht losgerissen werden können. Diese schwimmenden Eisinseln gleiten dann mit der Strömung vorwärts und gelangen in wärmere Gebiete.

Viele Eisberge sind verhältnismäßig klein, aber manche von ihnen haben auch eine Höhe von 300 Fuß. Der Teil, der sichtbar ist, bildet nur ein Achtel der ganzen Masse, das Uebrige liegt unter Wasser. Die Eisberge gefährden ein Gebiet, das vom 45. bis zum 55. Längengrad reicht und mindestens 3000 Quadratkilometer groß ist. Diese Gefahrenzone ist meist in Nebel gehüllt, und es ist nun die schwierige Aufgabe der Patrouillenschiffe, vorsichtig durch diesen Nebel zu steuern, um die Eisberge und Eisfelder aufzusuchen. Diese Kundschafter sind beständig in Gefahr, mit solch einem Ungetüm zusammenzustoßen, bevor sie es gesichtet haben. Die Beobachtungen über die Lage und die Zahl der Eisberge werden in Karten eingetragen und dann dem Küstenschutzdienst in Washington mitgeteilt, der die Informationen an sämtliche Schiffsämter in allen Teilen der Welt weitergibt. Im Spätfrühling und im Frühsommer verlieren die Eisberge an Festigkeit, und große Eismassen stürzen von ihnen herab.

Die Patrouillenschiffe führen den Kampf gegen diese Riesen des Polarkreises, indem sie Kanonen auf sie abfeuern, um sie dadurch auseinanderzuspalten. Meistens freilich prallen die Kugeln von den Eisbergen wie von Felsen ab. Es ist unmöglich, die Festigkeit eines solchen Gebildes aus seiner äußeren Erscheinung zu beurteilen. Die hochaufgetürmte Klippe eines anscheinend unerschütterlichen Eisgebirges kann spröde sein wie Glas, und die von der Pfeife eines Dampfers hervorgerufenen Luftwellen haben schon genügt, um Blöcke abzubrechen, groß genug, um ein Boot zum Sinken zu bringen. Neufundländische Fischer, die von einem solchen Berg Eis abhacken wollten, um ihre Fische zu konservieren, sind schon häufig durch die herabstürzende Masse auf den Meeresgrund geschleudert worden. Zahllos sind die Abenteuer, die von der Begegnung der Schiffe mit diesen Eisbergen erzählt werden, aber der Patrouillendienst hat doch eine gewisse Sicherheit geschaffen und schützt die Schiffe gegen diese drohenden Eisriesen.

Der Aufbau der Jugendämter

Konferenz der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge

Im Zentralinstitut für „Erziehung und Unterricht", Potsdamer Straße 120, trat unter reger Teilnahme der beteiligten Reichs- und Landesministerien, von städtischen und ländlichen Jugendämtern und Mitarbeitern der freien Jugendwohlfahrtspflege eine zweitägige Konferenz zusammen, um sich mit dem Aufbau der Jugendämter zu beschäftigen. Die Versammlungen gewinnen durch die inzwischen erfolgte endgültige Annahme des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt im Reichstag besondere Bedeutung.

Ueber den Aufbau ländlicher Jugendämter berichtete Oekonomierat Lembke, Berlin und Wohlfahrtsamtsdirektor Sandré, Randow in Pommern. Sie bezeichneten insbesondere die Verbindung des Jugendamts mit einem allgemeinen Kreiswohlfahrtsamt für erforderlich. Ueber den Aufbau großstädtischer Jugendämter sprach Dr. Ollendorff (vom Jugendamt der Stadt Berlin). Auch für die großstädtischen Verhältnisse sei eine enge und gute Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und allgemeinem Wohlfahrtsamt dringend zu wünschen, jedoch könne hier nicht schlechthin ein gemeinsames Amt verlangt werden; vielmehr richte sich die zweckmäßigste Organisationsform nach den örtlichen Verhältnissen. In Berlin habe sich infolgedessen in der Zentralinstanz für ein neben dem Wohlfahrtsamt bestehendes selbständiges Jugendamt entschieden, das eng mit dem Wohlfahrtsamt zusammen arbeite. Für die Verwaltungsbezirke sei die Entscheidung zugunsten gemeinsamer Wohlfahrts- und Jugendämter gefallen. Für die Feststellung des Tätigkeitsgebietes des Jugendamtes, für die Abgrenzung der Arbeit, insbesondere gegenüber der Schule und dem Gesundheitsamt, und für die Gliederung des Jugendamts sei der Grundsatz der Einheit aller Jugendwohlfahrtsarbeit maßgebend. Dabei bliebe jedoch § 11 Absatz 2 des Gesetzes, wonach die Uebertragung der gesundheitlichen Aufgaben auf ein bestehendes Gesundheitsamt möglich sei, eine geeignete Grundlage für die Organisation, wenn nur eine dauernde und enge persönliche Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Gesundheitsamt gesichert sei. Unbeschadet klarer Abgrenzung der Arbeitsgebiete sei besonderer Wert auch auf die Zusammenarbeit mit der Schule und ihren Organen zu legen. Bei der Bildung der Deputation und der notwendigen Ausschüsse müsse man sich vor einer zu großen Zahl nebeneinander tätiger Kommissionen hüten. Deshalb sei es zu begrüßen, daß nach § 10 des Gesetzes die besonderen Beiräte, welche bisher nur beratende Stimme hatten, nicht mehr vorgesehen, sondern daß lediglich die nach den Bestimmungen des Gesetzes zusammenzusetzende Deputation mit ihren Ausschüssen als beschließende Stellen einzurichten seien. Der Aufbau der großstädtischen Jugendwohlfahrtspflege erfordere bei einheitlicher zentraler Leitung dezentralisierte Durchführung, deren Art und Grad von den örtlichen Verhältnissen abhängig sei. Die Grundsätze der Einheit und Eigenartigkeit der sozialen Organisation und Tätigkeit innerhalb der städtischen Verwaltung seien von besonderer Bedeutung auch für die Zusammenarbeit der Sozial- und Verwaltungsbeamten im Jugendamt und für den Verkehr des Amts mit der freien Jugendwohlfahrtspflege und Jugendbewegung aller Richtungen und mit der gesamten Bevölkerung, deren Vertreter besonders auch aus den Kreisen der Arbeiterschaft sich als freiwillige Helfer und Helferinnen in steigendem Maße in den Dienst der Jugendämter stellten. Das Ziel sei schnelle, Vertrauen weckende und erhaltende persönliche Arbeit des Jugendamtes. Nur wenn die Erreichung dieses Ziels und die Vermeidung aller bürokratischen Erschwerungen gelinge, würden die Jugendämter die großen Hoffnungen erfüllen können, die ihnen im Augenblick des Inkrafttretens des Gesetzes die weitesten Kreise der Bevölkerung entgegenbrächten.

Ueber den Aufbau des Jugendamts in den Mittelstädten berichtete Bürgermeister Dr. Caspari, Brandenburg. Er legte für die Mittelstädte besonderen Wert auf die Verbindung von Jugendamt und Wohlfahrtsamt und auf die Heranziehung der ehrenamtlichen Mitarbeit weitester Bevölkerungskreise. Es folgte sodann ein Bericht vom Schatzrat Dr. Hartmann, Hannover, über die Landesjugendämter in den preußischen Provinzen. Der Berichterstatter hielt grundsätzlich einen Anschluß an die Provinzialverwaltungen für wünschenswert. Ergänzungen für süddeutsche Verhältnisse gab Oberregierungsrat Schmidt-Stuttgart.

Der zweite Tag wurde durch ein Referat von Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer (Reichsministerium des Innern) über die Beamten des Jugendamts, ihre Vorbildung und Schulung eingeleitet. Die Rednerin verlangt vor allem, daß sich die Ausbildung nicht auf Einzelkenntnisse beschränke, sondern sich vielmehr auf die Erweckung und Schulung wirklichen Verständnisses für die sozialpsychologischen, wirtschaftlichen und allgemeinen Zusammenhänge erstrecke, unter denen der einzelne Jugendliche begriffen werden müsse. Als letzte Referentin sprach Frau Oberregierungsrat Dr. Baum, Karlsruhe, über die dringend notwendige, auf dem Lande, in den Mittel-, aber auch in den Großstädten durchaus mögliche Einordnung der Jugendfürsorgeorgane in die vorhandenen Einrichtungen der Familienfürsorge.

An diese Berichte schloß sich eine umfangreiche Erörterung, die indes wesentlich neue Gesichtspunkte kaum ergab.

Um 2 Uhr nachmittags schloß der Vorsitzende Staatssekretär a. D. Dr. Lisco die Tagung mit dem Hinweis, daß es ein merkwürdiger Zufall wolle, daß gerade in diesem Augenblick das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt im Reichstage zur endgültigen Verabschiedung eingebracht werde. Mit allen Teilnehmern der Tagung erhoffe er die alsbaldige Verabschiedung des Gesetzes, das sicherlich ein erheblicher Schritt vorwärts für den gesamten Ausbau der Jugendwohlfahrtspflege in Deutschland bedeute.

(Wegen Stoffandrang mußte der Aufsatz bis jetzt zurückgestellt werden.)

Die Teuerung in den einzelnen Städten

Die Teuerungszahlen liegen jetzt aus den 71 Gemeinden für Monat Mai vor. Setzt man die Zahl für 1913/14 auf 100, so ergibt sich für Berlin eine Verhältniszahl von 3067, Hamburg 3036, Leipzig 3205, Köln 3603, München 2773, Dresden 3385, Breslau 2705, Essen 3646, Frankfurt a. M. 3391, Nürnberg 3548, Stuttgart 3021, Chemnitz 3385, Dortmund 3556, Magdeburg 3580, Königsberg i. Pr. 3187, Bremen 3683, Stettin 3164, Mannheim 3290, Kiel 3331, Augsburg 3564, Aachen 4112, Braunschweig 3771 Karlsruhe 3479, Erfurt 3841, Crefeld 4104, Lübeck 3927, Hagen i. Westf. 3706, Ludwigshafen a. Rh. 3758, Darmstadt 3558, Gera 4035, Frankfurt a. O 3106, Tessau 3514, Koblenz 3783, Solingen 3845, Halberstadt 3528, Schwerin 3915, Kattowitz 3387, Worms 3683, Heilbronn 3009, Göttingen 3101, Eisenach 3631 Stolp 3498, Weimar 3700, Waldenburg 3965, Herford 3992, Bautzen 3741, Weißenfels 3345, Gießen 3135, Oldenburg 4123, Schweinfurt 3478, Lüneburg 4080, Eberswalde 3602, Amberg 3758, Fulda 3827, Straubing 2903, Annaberg 3983, Reichenbach i. Schles. 3606, Zweibrücken 3934, Auerbach i. V. 3639, Lahr 3688, Seufftenberg 3939, Rastenburg 3129, Neustettin 3706, Selb 3777, Demmin 4083, Marienwerder 3923, Neustrelitz 3891.

Gründung der Volks-Film-Bühne

Im Gewerkschaftshaus fand dieser Tage eine Gründung statt, die für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands von hoher Bedeutung ist. Mit Unterstützung der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und des Afa-Bundes, Ortskartell Groß-Berlin, wurde die Volks-Film-Bühne ins Leben gerufen.

Während die Arbeiterschaft der Presse, dem Theater, dem Bildungswesen die größte Aufmerksamkeit schenkt, haben sich die Arbeiter um die Bedeutung des Kinos wenig gekümmert. Nach einer Statistik sind allein im Vorjahre 2500 Millionen in die Kassen der Theaterbesitzer geflossen. Es ist keine Uebertreibung wenn wir sagen, daß 80 Prozent dieses Geldes vom werktätigen Volke stammen.

Der Arbeiter hat sich aber bisher auch nicht darum gekümmert, was ihm im Kino vorgesetzt wird. Da gab es Schundstücke schlimmster Art, gab es Filme zur Verherrlichung des Militarismus und Kapitalismus, gab es Stücke, in denen der Arme verhöhnt wurde, da gab es — neben vielem zweifelhaft Gutem — sehr viel, wofür die Arbeiter und Angestellten ihr Geld lieber nicht hätten ausgeben sollen. (Abgesehen davon daß Stinnes, die Großindustrie und das reaktionäre Kapital sich bereicherten.)

Der Gedanke der Organisation ist es nun wieder, der berufen ist, Wandel zu schaffen.

Männer, die genau die Welt des Films kennen und bei der Arbeiterschaft einen guten Namen haben, gingen daran, eine Volks-Film-Bühne zu schaffen. Diese ist eine Organisation von Kinobesuchern. Was, wie und wo gespielt wird, darüber soll nicht eine anonyme Gruppe von Kapitalisten und Profitträgern entscheiden, sondern die Mitgliedschaft der Volks-Film-Bühne.

Die Mitglieder der Volks-Film-Bühne bilden einen Verein, der ins Vereinsregister eingetragen wird. Aus der Mitte der Mitgliedschaft heraus wird ein Verwaltungsrat und ein Kunstrat gewählt. (Näheres siehe in unserem heutigen Filmteil.) Der Verwaltungsrat hat alles organisatorische zu regeln, der Kunstrat hat dafür zu sorgen, daß die zur Vorführung bestimmten Filme „den Ansprüchen edler Unterhaltung, wahrer Bildung und der Freiheitswürde des arbeitenden Volkes genügen."

Unsere Leser wird es besonders interessieren, zu erfahren, daß die Statuten den gewerkschaftlichen Organisationen von Anfang an einen maßgebenden Einfluß auf den Verein einräumt haben. Von den 9 Mitgliedern des Verwaltungsrates werden 4 von gewerkschaftlichen Organisationen delegiert, und zwar je einer durch die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend durch den Afa-Bund, Ortskartell Berlin, durch die Freie Lehrergewerkschaft und durch die Filmgewerkschaft. Damit ist der Arbeiterschaft eine Garantie gegeben für das korrekte Geschäftsgebaren des Vereins. — Durch Filme, wie Fridericus Rex, ist die Arbeiterschaft genügend erregt worden. Sie hat aber nun auch die Pflicht, durch die Tat, durch Eintritt in den Verein, dessen Ziele zu unterstützen, damit sobald als möglich der Bevormundung des Proletariats durch die Privatindustrie ein Ende gemacht werde. Der Eintritt in den Verein kostet 5 Mark. Der Vereinsbeitrag wird so bemessen werden, daß die Mitglieder der Volks-Film-Bühne unter allen Umständen billiger zum Kinobesuch kommen als sonst. Mitglied kann jeder Mann, jede Frau, jede Körperschaft werden. Man schreibe sich in die Mitgliederlisten ein, die bei allen Betriebsräten, in den Gewerkschaftsbüros, bei den Afa-Funktionären zu haben sind, oder direkt bei der Geschäftsstelle des Vereins „Volks-Film-Bühne", Wilhelmstraße 29, Amt Kurfürst 6538.

Der meschuggene Heiland

Bei einer Versammlung des Himmelsathleten Louis Häußer in Waidmannslust hat es eine Schießerei gegeben. Ein Kriminalbeamter wurde durch einen Revolverschuß schwer verletzt. Warum hat man, wie der „Vorwärts" berichtet, schon vor zwei Jahren dem Hanswurst Häußer das öffentliche Reden in Groß-Berlin verboten? Warum wollte man im Zeichen der Versammlungsfreiheit die Versammlung auflösen? Den Dummen schadet es gar nichts, wenn sie von solchem Ober-Narren tüchtig gerupft werden. Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. Vielleicht werden wenigstens einige Dumme doch noch hellsehend, wenn sie etwas Näheres aus dem Leben dieses hirnmlischen Clowns erfahren. Während des Krieges verlor der heilige Louis seine Stellung als Direktor einer schweizerischen Sekt-Aktien-Gesellschaft. Er erfindet schnell eine neue Nummer des einträglichen Schiebens mit Himmelskulissen, plündert für seinen Tamtam eine Kriegsgewinnlerin und Schieberin aus, wird Ende August 1918 aus der Schweiz ausgewiesen, per Schub über die Grenze gebracht und taucht als neuer Christus zunächst in seiner württembergischen Heimat auf. Tausende der blödsinnigsten Flugblätter werden verbreitet. Unter dem Einfluß von Krieg und Revolution laufen Tausende dem quatschenden Messias nach. In den Versammlungen ist es stets seine erste Sorge, die Kasse in Sicherheit zu bringen. Die besten Plätze kosteten, wie bei einem großen Berliner Kientopp-Fest, nur tausend Mark! Als ihm in Württemberg der Boden zu heiß wird, da man mit dem Irrenhause gedroht hat, wendet sich der Narr nach Bayern, wird aber am 9. Mai 1920 auch hier ausgewiesen. Jetzt geht die Narrenreise nach Berlin, Oranienburg, Stettin, Greifswald und anderen norddeutschen Städten. Ueberall macht Häußer raffiniert bekannt: „Ich bin nicht gekommen für die Gescheiten, sondern nur für die Dummen! Ich lade daher nur die ein, von denen der Volksmund sagt, daß sie nicht alle werden." Im Juli 1920 wird er von Amts wegen nach der Irrenklinik in Tübingen zur Beobachtung gebracht, von hier nach einigen Wochen als zwar geistig minderwertig, aber nicht gemeingefährlich entlassen. Nunmehr spottet der Gottesschieber des Wortes von den „hellen Sachsen" und macht wochenlang Leipzig unsicher. Es kommt zu riesigen Skandalen mit Prügeleien. Häußer wird verhaftet, aber bald wieder freigelassen, nachdem er sich verpflichtet hat, sofort abzureisen und nie wieder nach Sachsen zu kommen. Auch Hamburg sieht ihn als — Redakteur des Prostituiertenblattes „Der Pranger". Auf die Evas ist er scharf wie ein Schäferhund. Ueberall neuer Rauschmiß. Landung wieder in Oranienburg und Berlin.

Ganz zweifellos hat man es mit einem Geisteskranken zu tun. Geisteskranke übertreffen so oft an Raffinement den Gesunden. Die Briefe und Drucksachen des Heiland-Imitators strotzen von den scheußlichsten, hier auch nicht anzudeutenden Gemeinheiten. Alle Strafverfahren gegen Häußer sind bisher wegen Unzurechnungsfähigkeit eingestellt worden. So sieht der „Heiland mit dem Verrücktenschein" aus.

Arbeiter-Bildungsschule

Verbands-Bildungskommission. Das Büro in der Arbeiter-Bildungsschule Breite Straße 8/9 ist bis zum 1. Juli nur Dienstag, Donnerstag und Freitag, abends von 5 bis ½8 Uhr, geöffnet.

Jugendweihe

Am 10., 17., 24. September und 1. Oktober finden die von der Arbeiter-Bildungsschule im Großen Schauspielhause veranstalteten Jugendweihen statt. Anmeldungen hierzu können sofort an folgenden Stellen geschehen:

Zentrum: Büro der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9:

Norden: Restaurant Barleben, Burgsdorfstraße;

Norden: Huthaus Monopol, Müllerstraße 166, am Bahnhof Wedding;

Norden: Spedition Gliesche, Pankstraße 60;

Norden: Spedition Lohmann, Hussitenstraße 43;

Norden: Restaurant Hoffmann, Lychener Str. 8;

Osten: Restaurant Wittichuß, Petersburger Str. 5;

Südosten: Otto Loose, Liegnitzer Straße 19;

Süden: Stiller, Urbanstraße 129, v. 3 Tr.;

Charlottenburg: Else Wiegmann, Kurfürstendamm 52, pt.

Bei der Anmeldung sind 3 M. Einschreibegeld zu zahlen.

Sprech-Chor. Aus Anlaß der Reichsbildungskonferenz der USPD. findet am Sonntag, den 9. Juli, im Großen Schauspielhaus eine Feierstunde statt. Sämtliche Mitglieder des Sprech-Chors werden nochmals dringend gebeten, die Uebungsstunde am Donnerstag, den 22. Juni, abends 7½ Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, vollzählig zu besuchen. Texte von „Mahle Mühle, mahle" sowie „Tag des Proletariats" sind mitzubringen.

Die Maschinenstürmer von Toller. Sämtliche Karten müssen am Donnerstag, den 22., Freitag, den 23. und Montag, den 26. Juni, abends von 5—7½ Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule abgerechnet werden.

Der Mord in der Mulackstraße

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern der Prozeß wegen des an dem Händler Emil Ziegler in der Mulackstraße begangenen Mordes. Den Vorsitz in dem Prozeß, der gewisse Schlaglichter auf das Leben und Treiben der Verbrecherwelt in dem dunkelsten Berlin werfen wird, und deshalb einen überaus starken Andrang des Publikums hervorgerufen hat, führt Landgerichtsdirektor Dr. Weigert. Angeklagt sind der Koch Ernst Kurth, der Bäcker Wilhelm Erbst, der Arbeiter Franz Kraczinski und der Arbeiter Otto Kamützki, denen die Rechtsanwälte Andersen, Schmoller, Dr. Paulo und Dr. Siegfr. Eisenstaedt als Verteidiger zur Seite stehen.

Am Morgen des 24. Dezember v. J. gegen 8 Uhr wurde der Händler Emil Ziegler in seinem Produktenkeller in der Mulackstraße tot aufgefunden. Die Leiche lag, mit einem Oberbett zugedeckt, in Hockstellung auf dem Fußboden. Beine und Arme waren mit dickem Bindfaden zusammengeschnürt. Die sofort benachrichtigte Mordkommission stellte fest, daß der Tod durch Erstickung infolge eines tief in den Hals hineingestoßenen Knebels erfolgt war. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß Ziegler in seinem Keller inmitten des abenteuerlichsten Gerümpels hauste und zum Scheine einen Handel mit Lumpen, Papier, Flaschen usw. betrieb, in Wirklichkeit aber als Hehler tätig war. Die Kriminalpolizei suchte deshalb die Täter in Verbrecherkreisen und nahm als ersten Verdächtigen den Angeklagten Kamützki, der den Spitznamen „Boxer-Otto" führte, in Haft.

In Gemäßheit des Spruches der Geschworenen beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagten Kurth und Kamützki je lebenslängliches Zuchthaus, gegen Erbst zehn Jahre ein Monat Zuchthaus, gegen Kraczinski zehn Jahre fünf Monate Zuchthaus. — Das Gericht verurteilte Kurth und Kamützki zu je 15 Jahren Zuchthaus, Erbst und Kraczinski zu je zehn Jahren ein Monat Zuchthaus und alle Angeklagten zu zehn Jahren Ehrverlust.

Mieterversammlung im Südosten. Der 20. Distrikt hat zu Donnerstag, den 22. d. Mts., abends 7 Uhr, eine öffentliche Mieterversammlung einberufen im Lokal von Graumann, Naunynstr. 27. Tagesordnung: Das Reichsmietengesetz und seine Auswirkung auf die Mieter. Referent: Gen. Zubeil. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch. — Die Schriftleitung.

Der Gesangverein Neuköllner Liedertafel 1913, Mt. d. DASB., gibt bekannt, daß sein am Sonntag, den 18. Juni wegen schlechter Witterung ausgefallenes Volkskonzert am Donnerstag, den 22. Juni 1922, abends 8—9 Uhr, auf dem Reuterplatz in Neukölln stattfindet.

Ein falscher Offizierstellvertreter. Gestern nachmittag erschien in der Kaserne in der Rathenower Straße der angebliche Offizierstellvertreter Kreutz mit einem offenbar gestohlenen oder gefälschten Ausweis der Kommandantur und ging die verschiedenen Zimmer ab. Aus einem derselben stahl er eine Unteroffizier-Uniform, einen Militärmantel, einen Bettbezug und ein Seitengewehr und verschwand mit seiner Beute. Der Schwindler ist etwa 1,76 m groß und schlank, er hat hellblondes rechtsgescheiteltes Haar, ist bartlos und spricht deutsch mit polnischem Akzent.

Ein 16jähriger Straßenräuber. Gestern abend wurde die 62 Jahre alte Frau Karoline C. auf dem Wege vom Bahnhof Frohnau nach ihrer Wohnung im Sigismundkorso von einem etwa 16jährigen Burschen überfallen und ihrer Handtasche mit 500 Mk. und anderen Gegenständen beraubt. Der Täter flüchtete in den nahen Wald und entkam.

Vom Tode überrascht. Der 61 Jahre alte Stereotypeur Waldemar Möller aus der Mariannenstraße 16 unternahm gestern einen Ausflug nach Erkner. Als er gestern abend gegen 9 Uhr die Heimfahrt antrat, wurde er plötzlich in dem Vorortzuge von einem heftigen Unwohlsein befallen. Man trug ihn auf dem Schlesischen Bahnhofe ins Freie, doch konnte ein herbeigerufener Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod infolge Herzschlages feststellen. — Der 72 Jahre alte Zimmermann Wilhelm Prohl, der auf dem Zimmerplatz der Berliner Bodengesellschaft in Tempelhof, Straße 16, beschäftigt war, brach gestern nachmittag während der Arbeit plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

An unsere Postabonnenten

Die Bestellung der „Freiheit" für das 3. Quartal 1922 oder für den Monat Juli muß umgehend, spätestens aber bis zum 25. d. M. beim zuständigen Postamt oder Briefträger erfolgen. Bei späterer Bestellung übernimmt die Post keine Verantwortung für ordnungsmäßige Zustellung, und sind Verzögerungen in der Bestellung unvermeidlich.

Der Verlag der „Freiheit", e. G. m. b. H.

Den kommunistischen Schreiern ins Stammbuch

Zum Schiedsspruch im Bankgewerbe

Wir haben bereits in Nr. 243 auf die Angriffe der „Roten Fahne" hingewiesen, die anläßlich des Schiedsspruches im Bankgewerbe es für angebracht hielt, die Leitung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten in schmierantenhafter Manier anzupöbeln, in der auch ihr prominentes Mitglied, Emonts, sitzt. Dieses Organ hat das außerordentliche Talent, alle wirklich wertvollen und praktisch wirkenden Parteimitglieder abzustoßen. Nach Kasper im Buchbinderverband folgt nun Emonts, der in den folgenden Ausführungen seinen Parteiangehörigen mehr als bittere Pillen verabreicht. In dem Begleitschreiben ersucht uns Genosse Emonts um Schutz, „nachdem die „Rote Fahne" ihrerseits mir das selbstverständliche Recht der Erwiderung auf die verschiedenen Anbelfe bestreitet und den beigefügten Artikel zwar unter der Zusicherung des Abdruckes sich angeeignet hat, nachträglich aber die Aufnahme in dieser Form ablehnt."

In der „Roten Fahne" ist in der letzten Zeit verschiedentlich ein anonymer Schreiber zu Wort gekommen. Ich darf daher wohl hoffen, auch ohne Auftrag aber im Namen der von ihm angegriffenen „unfähigen Elemente in der Leitung des Allgemeinen Verbandes" mich ebenfalls an dieser Stelle mit ihm und der Sachlage kurz auseinandersetzen zu dürfen.

Vorweg einige mich persönlich betreffende Bemerkungen. In dem letzten Artikel bezeichnete mich die „Rote Fahne" als „ein formell der Partei angehörendes Mitglied". Dankend quittiere ich das schmückende Beiwort. Ich tue dies um so lieber, als diese Selbsterkenntnis dann offenbar mich auch der Verpflichtung enthebt, in Dogmatik und Apologetik der allein seligmachenden kommunistischen Kirche so bewandert zu sein, daß ein etwaiger Verstoß gegen Kapitel 33 Vers 21 der geheimen Offenbarungen des heiligen Synods von den hochehrwürdigen Kirchenvätern nicht verziehen werden könnte.

Es kann eben nicht jeder ein so rechtgläubiger Kommunist sein, daß er von einem Diner beim König von Italien oder vom Fußkusse bei seiner Heiligkeit dem Papste Pius XI. seine rote Weste sauber und unbefleckt nach Hause bringt. Ich sehe vollkommen ein, daß mir diese Seelenstärke, dieses Maß von Unfehlbarkeit abgeht, und bin daher vollkommen damit einverstanden, daß die „Rote Fahne" neben den anderen unfähigen Elementen in der Verbandsleitung auch mich ihrer wohlwollenden Kritik ex cathedra unterzieht.

Zu dieser geübten Kritik aber erlaube ich mir nun in der mir eigenen Bescheidenheit folgendes zu bemerken:

Wenn der Artikelschreiber auch nur eine Spur von Ehrlichkeit besäße, würde er wissen, daß und welche Aufklärungs- und Propagandaarbeit unter den Bankangestellten vom Allgemeinen Verband in jeder Phase der Tarifentwicklung im Bankgewerbe geleistet worden ist. Daß diese Arbeit von unserer Organisation allein unter den Angestellten nicht mit, sondern ständig gegen eine ziffernmäßig bedeutend stärkere, von Unternehmerseite wohlwollend geförderte Harmonie-Organisation geleistet werden muß, ist ihm trotz seiner Unerfahrenheit in diesen Dingen hoffentlich auch nicht ganz unbekannt geblieben. Trotz aller dieser Arbeit zeichnet für jede in Berlin und im Reiche nicht stattfindende Betriebsversammlung, für jede seiner maßgeblichen Ansicht nach nicht rechtzeitig einberufene Mitglieder- oder öffentliche Versammlung der Orts- und Bezirksgruppen die Unfähigkeit der Leitung des Allgemeinen Verbandes verantwortlich. „Die kommunistischen Bankangestellten dagegen haben die Pflicht, die noch unentschlossene Mitgliedermasse aufzurütteln und alles zu tun, damit der in Aussicht stehende Kampf geschlossen und einig geführt wird." So steht wörtlich zu lesen, nachdem der gleiche Skribent 30 Zeilen vorher die von der Verbandsleitung gewählte und für jeden Kommunisten eigentlich selbstverständliche Form der Abstimmung: „für Annahme des Schiedsspruchs" oder „für Streik" als eine „plötzliche Alternative", als eine „Ueberrumpelung" und eine „Düpierung der Mitglieder" bezeichnet hat. Ueberrumpelung, wohlgemerkt, nachdem seit Beginn der neuen Tarifbewegung im Verbandsorgan, in Informationen, in Flugblättern, in Versammlungen, in Demonstrationen auf die Unhaltbarkeit des gehaltlichen Teiles hingewiesen worden ist, Düpierung, nachdem der Juni-Schiedsspruch selbst gegen die Stimmen der christlich-nationalen Beisitzer des Deutschen Bankbeamten-Vereins durch die Unparteiischen allein mit Hilfe der Arbeitgeber gefällt werden konnte. — Was dieser Schmierant in der Roten Fahne" hier öffentlich proklamiert hat, wiederholen papageienmäßig bereits seit acht Tagen seine Fraktionsgenossen und -genossinnen in den Betrieben. Am Schlusse wird diese neue Gewerkschaftsmethode dann dahin gekennzeichnet, daß die kommunistischen Bankangestellten alles tun, einig und geschlossen den Kampf aufzunehmen, daß sie alles tun, daß dieser mit einem Siege der Angestelltenschaft abschließt. — Demgegenüber sage ich als „formelles Parteimitglied der KPD.", wenn ich Bankdirektor wäre, würde ich diesen Leuten für die so von ihnen zu Nutz und Frommen der Arbeitgeber geleistete Arbeit Treuprämien zur Auszahlung bringen.

Im übrigen paßt die hier zum Ausdruck gebrachte Auffassung ausgezeichnet zu dem übrigen gewerkschaftlichen Niveau, auf dem sich die Arbeit des Artikelschreibers bewegt. Die Masse der Mitglieder soll sich seiner Ansicht nach darauf beschränken dürfen, eine vertikale oder horizontale Kopfbewegung zu dem Schiedsspruch machen zu können, später kann man dann die „unfähige Leitung im Allgemeinen Verband" dafür verantwortlich machen, daß der unvermeidliche Kampf nicht früh genug aufgezeigt, nicht genügend in den Köpfen vorbereitet und deshalb von der Masse nicht mit der genügenden Begeisterung aufgenommen wurde. **Gegen all diese Demagogie, diese Fälschertricks und schmutzigen Volten eines Falschspielers** erkläre ich: Das ist in meinen Augen noch kein Kommunist, der „in schärfster Opposition zu machen versteht", in meinen Augen wird der Oppositionsmacher zum ganz **gewöhnlichen Stänkerer**, wenn er nicht in der Lage ist, sich ein nüchternes Urteil über das Kräfteverhältnis zwischen Führer und Masse zu bilden.

Die Situation im Bankgewerbe ist überreif für den Kampf der Angestellten im ganzen Reiche; was nicht reif ist, das ist die Ideologie der Masse, die diesen Kampf zu führen hat. Solange aber hier ein Gegensatz klafft und solange die Masse der nicht freigewerkschaftlich orientierten Bankangestellten, und das ist einstweilen die Mehrheit, in den Kampf hineingestoßen werden müßte, lehne ich in voller Uebereinstimmung mit der Leitung des Allgemeinen Verbandes es ab, in **leichtsinnigen Parolen** zu machen und nachher die aufrechten und konsequenten Gewerkschaftler die Zeche für die Feigheit anderer bezahlen zu lassen. Solange ich als verantwortlicher Geschäftsführer im Allgemeinen Verband tätig sein werde, wird die Politik dieser Organisation nicht von einer **Handvoll Schreier** und **revolutionshysterischer Jungfrauen**, sondern von denen bestimmt, die den Kampf auf der Straße vor den Betrieben zu führen haben. An dieser Auffassung der Dinge wird mich kein Anathema der Partei hindern. **Mir ist die gewerkschaftliche Bewegung zu schade, sie zum Tummelplatz der Putscherei werden zu lassen, nachdem diese glücklich und hoffentlich endgültig in der Partei abgewirtschaftet hat. — Wenn man mit diesen Auffassungen sich nicht mehr Kommunist nennen darf, verzichte ich auf die Ehre und das manchmal recht zweifelhafte Vergnügen.**

Karl Emonts.

Gründung eines gewerkschaftlichen Beamtenbundes

Die gewaltige soziale Gärung, die durch die deutsche Beamtenschaft geht, beginnt sich jetzt auch organisatorisch auszuwirken. Im Anschluß an den Eisenbahnerstreik haben zunächst der Deutsche Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten eine enge Fühlungnahme hergestellt. Sie gab den Anstoß, alle im Deutschen Beamtenbund vorhandenen und dort unterdrückten gewerkschaftlich denkenden Gruppen für eine nur auf dem reinen Arbeitnehmerstandpunkt stehende Spitzenorganisation zu vereinigen. Der Gründungsakt dieses neuen Allgemeinen deutschen Beamtenbundes vollzog sich am Sonntag, den 18. Juni, in Zusammenkünften der beteiligten Beamtenverbände. Ihre Krönung bildete eine stark besuchte öffentliche Versammlung in der Alberthalle, in der Menne von der Reichsgewerkschaft, Kotzur vom Deutschen Eisenbahnerverband und Händeler vom Bund der technischen Angestellten und Beamten das Besoldungs- und Organisationsproblem der Staats- und Gemeindebeamten behandelten. Sie übten unter dem lebhaften Beifall der Versammlung eine vernichtende Kritik an dem alten Beamtenbund, der sich im Eisenbahnerstreik, in der Besoldungsfrage und in der Wahrung des Koalitionsrechtes als völlig unfähig erwiesen hat. In der Diskussion brachten die Vertreter der einzelnen Beamtenverbände gleichfalls ihren Unwillen gegen diese reaktionäre Spitzenvereinigung der Beamten zum Ausdruck und forderten stürmisch die sofortige Zusammenfassung aller fortschrittlich denkenden Beamten im neuen Allgemeinen deutschen Beamtenbund und dessen innige organisatorische Verbindung mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afa-Bund.

Eine abweichende Auffassung vertrat Schumann vom Transportarbeiterverband, der den unmittelbaren Eintritt der Beamten in die Arbeiterorganisation forderte. Ihm trat Genosse Aufhäuser entgegen, der davor warnte, durch starres Festhalten an einem Organisationsschema den großen historischen Augenblick zu verpassen, in dem es sich darum handelt, eine Massenorganisation der Beamten zu schaffen, die als starker Bundesgenosse der Arbeiter und Angestellten zur gemeinsamen Aktion der drei Arbeitnehmergruppen befähigt.

Die Versammlung wurde nach vierstündiger Beratung mit einem Hoch auf den neuen Beamtenbund geschlossen.

Bis jetzt haben folgende Verbände ihren Beitritt zum Allgemeinen deutschen Beamtenbund erklärt: Deutscher Eisenbahnerverband, Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten, Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten, Berlin und Hamburg, Verband der Justizbeamten, Verband der Verwaltungsbeamten, Verband der Sozialbeamten, Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Allgemeiner Verband deutscher Bankbeamten, Deutscher Werkmeister-Verband, Bund der technischen Angestellten und Beamten.

Streik der Maler

Am vergangenen Freitag befaßte sich eine Mitgliederversammlung mit dem gefällten Schiedsspruch, der für Berlin einen Stundenlohn von 28 Mk. vorsah. Die Stimmung der Versammlung war auf Grund dieser, der wirtschaftlichen Teuerung in keiner Weise Rechnung tragenden Schiedsspruches eine äußerst stürmische. Die Forderung auf sofortigen Streik wurde nach kurzer Debatte dahin erledigt, daß die Ortsverwaltung beauftragt wurde, am Dienstagmittag eine Versammlung einzuberufen, in der Beschluß über den sofortigen Streik zu fassen sei. Böyer gab diesen Bericht in einer überfüllten, von zirka 2500 Kollegen besuchten Versammlung. Sämtliche Diskussionsredner traten für sofortigen Streik ein. Alle Vertreter anderer Verbände traten dieser Forderung bei. Trotzdem nur die zentralorganisierten Verbandsmitglieder des Malerverbandes abstimmen durften, stimmten 1700 Kollegen für sofortigen Streik, 180 Stimmen waren für nein, 12 Stimmen ungültig. Unter stürmischem Beifall wurde das Resultat bekanntgegeben. Damit ist der allgemeine Streik für Berlin beschlossen. Dieser hat am Mittwoch überall einzusetzen. Sämtliche Bauarbeiter und die Berliner Bevölkerung wird um tatkräftige Unterstützung gebeten. Die Streikleitung befindet sich Melchiorstr. 28. Alle Anfragen sind dorthin zu richten. Als Forderung gilt die Gleichstellung mit dem Maurerlohn.

Streik der Jalousiearbeiter!

Die Arbeitnehmer in der Jalousiebranche, welche dem Deutschen Holzarbeiterverband angeschlossen sind, befinden sich seit Montag, dem 19. d. Mts., im Streik. Die Ursache desselben lag in dem ablehnenden Verhalten der Arbeitgeber, welche die tariflichen Löhne des Holzgewerbes nicht anerkennen wollen, wozu sie durch einen Schiedsspruch im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin verpflichtet worden sind. Da eine geschlossene Organisation für den Arbeitgeberkreis nicht besteht, mußte betriebsweise vorgegangen werden, und so kam es, daß eine größere Anzahl Arbeitgeber den gefällten Schiedsspruch ohne weiteres anerkannte, wogegen die Firmen H. Freese, Niederschönhausen, Blankenburger Str. 87, A. Salewski, Schöneberg, Mühlenstraße 8, A. Wohlfahrt, Steglitz, Bergstraße 92, Regenstein, Neukölln, Hermannstraße 158, Samson, Charlottenburg, Dankelmannstraße 37, A. Lautzke, Schmidtstr. 8, es ablehnten, diesen Schiedsspruch zu erfüllen.

Eine sonderbare Stellung zu der Entscheidung des Schlichtungsausschusses nimmt die Firma A. Wohlfahrt & Co., Steglitz, Bergstraße 92, ein. Diese lehnt den Spruch deswegen ab, weil die Beisitzer der Kammer angeblich aus der Möbelindustrie stammen, welche nach Angabe des obigen Herrn mit Konjunkturgewinnen rechnen, mit denen sich die Branche nicht auf die gleiche Stufe stellen kann.

Die sich im Ausstand befindlichen Jalousiearbeiter warnen daher vor irgendwelchen Arbeitsangeboten bei obigen Firmen und erwarten vollste Solidarität der übrigen in Betracht kommenden Arbeiterschaft.

Sämtliche Arbeitnehmer, welche unter den neuen Tarifbedingungen in Arbeit stehen, erhalten eine Arbeitsberechtigungskarte, die mit dem Organisationsstempel und dem Namenszug der Streikleitung versehen ist. Diejenigen Arbeitnehmer, welche sich nicht im Besitz einer solchen Karte befinden, sind Arbeitswillige und dementsprechend zu behandeln.

Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verband. Am Sonnabend den 24. Juni 1922, findet von mittags 12 Uhr bis abends 6 Uhr in folgenden acht Lokalen die von der Generalversammlung vom 15. Juni 1922 beschlossene Urabstimmung über Festsetzung der Lokalzuschläge statt, und zwar sollen dieselben ab 3. Juli 1922 betragen: für die 6. Kl. 1 M., 5. Kl. 2 M., 4. Kl. 3 Mk., 3. Kl. 4 Mk., 2. Kl. 5 M. und 1. Kl. 6 M. Abstimmungslokale: Neukölln: Schmidt, Münchener Str. 23; Berlin O.: Krumbach, Warschauer Straße 61; Berlin N.: Dahms, Schlegelstr. 9; Berlin SO.: Bieberstein, Adalbertstr. 59; Berlin SW.: Rathmann, Wilhelmstr. 118; Berlin S.: Klude, Ritterstraße 32; Charlottenburg: Jakob, Bismarckstr. 38; Schöneberg: Storbeck, Albertstr. 11, Ecke Ebersstraße. Wer 8 Wochen und länger mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat kein Stimmrecht. Arbeitslose und Streikende haben ihre beiden Kontrollkarten als Legitimation mitzubringen. Verbandsbücher und Kontrollkarten werden im Abstimmungslokal abgestempelt. Die Abstimmungsleiter sind angewiesen, jeden Kolleagen oder jede Kollegin, die ihren Verpflichtungen in der Beitragszahlung oder Legitimation nicht nachkommen, von der Wahl auszuschließen. — Die Fortsetzung der am 15. Juni vertagten Generalversammlung findet am Donnerstag, den 29. Juni, abends 7 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17, statt.

Zentralverband der Angestellten. Freitag, den 23. Juni, abends 7½ Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, außerordentliche Delegierten-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Tagung des Verbandsbeirates. 2. Die Gestaltung der Beiträge und die Beschlüsse des Beirates.

USPD.-Buchbinder! Am Mittwoch, den 21. Juni, nachmittags 4½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24-25, Saal 3, Versammlung aller USPD.-Kolleginnen und -Kollegen. Wichtige Tagesordnung. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Rechtsverbindlicher Tarifvertrag für die Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel. Der am 31. März vereinbarte Lohntarif für die Monate März/April ist vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. März 1922. Die Tarifverträge sind im Deutschen Transportarbeiter-Verband, Zimmer 31, unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches zum Preise von 0,50 M. erhältlich.

Neue Gehaltsvereinbarung. Für die Angestellten des Möbelhandels sind durch den Zentralverband der Angestellten neue Gehaltsvereinbarungen für die Monate Mai bis Juli getroffen worden. Die einzelnen Sätze sind im Ortsbüro des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7—10, gegen Erstattung der Unkosten zu beziehen.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Am Donnerstag, den 22. Juni, mittags 1 Uhr, findet eine dringende Bezirksleitungssitzung im Verbandsbüro Breite Str. 8/9 statt. Die Geschäftsleitung.

Mittwoch, den 21. Juni.

13. Verw.-Bezirk. (Tempelhof, Marienfelde, Lichterfelde). Abends 6 Uhr im Lyzeum, Tempelhof, Germaniastraße, Bezirksverordnetenversammlung.

8. Distrikt. 8 Uhr Sommerfestkomitee-Sitzung bei Barleben.

17. Distrikt. Vorstandssitzung und Abrechnung bei Drelle, Schreinerstraße 18, abends ½7 Uhr. Abteilungskassierer pünktlich erscheinen.

Kinderschutzkommission Groß-Berlin. Die Mitglieder sämtlicher Verwaltungsbezirke werden gebeten, sich recht zahlreich an den Spielleiterkursen kostenlos zu beteiligen. Treffpunkt nachmittags 5 Uhr Treptow, Kleine Spielwiese, Denkmal.

Donnerstag, den 22. Juni.

5. Verw.-Bez. 15., 16., 17. Distrikt. Musikkundige Jugendgenossinnen und Genossen treffen sich 7 Uhr bei Genossen P. Krause, Kochhannstr. 12.

6. Distrikt. Abends 7 Uhr Distriktskonferenz. Wichtige Tagesordnung. Bezirksführer müssen unbedingt erscheinen bei Krüger, Putlitzstr. 10.

17. Verw.-Bez. 17. Distrikt 7 Uhr Abrechnung und Sitzung der Distriktsleitung bei Drelle.

16. Verwaltungsbezirk. (Köpenick, Friedrichshagen, Bohnsdorf, Grünau, Erkner.) Die angesetzte Funktionärsitzung findet nicht statt.

1. Distrikt. Berlin-Mitte. Alle Kinder finden sich nachmittags 4 Uhr in der Arbeiterbildungsschule ein. Eingeübt werden Reigen und Tänze. Zum Ausflug Liederbuch mitbringen.

15. Distrikt. Funktionärkonferenz abends 7½ Uhr pünktlich Fortsetzung und Diskussion über den Steinschen Vortrag. Einleitende Worte: Gen. Stein, Große Frankfurter Straße 41, hof.

16. Distrikt in Treptow. Abends 7 Uhr Frauen-Arbeits- und Kinderschutz-Kommissions-Sitzung. Nominelaer Straße 2. Vollzähliges Erscheinen sehr wichtig.

Lichtenberg USPD. Fraktion der Hand- und Kopfarbeiter innerhalb der städtischen Betriebe im Verwaltungsbezirk 17, 7 Uhr, im Arbeitsamt, Schreiberhauer Straße. Mitgliedsbuch legitimiert.

Lichtenberg-Landagitation. 6½ Uhr abends Sitzung bei Robert Siewert.

Freitag, den 23. Juni.

5. Verw.-Bez. 17. Distrikt. Frauen-Arbeits- und Kinderschutz-Kommission 7 Uhr Sitzung beim Gen. Witschus, Petersburger Straße 5.

19. Verwaltungsbezirk Pankow. Abends 7½ Uhr Sitzung der Agitationskommission bei Huberi, in Pankow, Damerowstraße, Ecke der Mendelstraße.

Kinderschutz-Kommission Groß-Berlin. Wichtige Sitzung der Kinderfreunde abends 6 Uhr, Lindenstr. 3, zu der alle Verwaltungs- und Distriktskommissionen bestimmt erscheinen müssen.

Lichtenberg Stadt und Land. Abends 7 Uhr Vollversammlung der Kommunalen Kommission im Rathaus, Möllendorfstr. 6, Zimmer 23. Vortrag des Gen. Stadtrat Stimming über Marktwesen. 2. Die neue Kreiseinteilung in der Wohlfahrtspflege. Ausweis und Partei-Mitgliedsbuch legitimieren.

Vereinskalender

Mittwoch, den 21. Juni.

Zentralverband der Angestellten. Zigaretten-Industrie — Mitgliederversammlung 5 Uhr in den Brauhöfen Alt-Berlin, Blumenstr. 10. Bericht über die Verhandlungen für Juni. — Gäste können eingeführt werden.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Sprechchor abends 7 Uhr Uebungsstunde in der Schule Gipsstraße. Alle Mitglieder des Sprechchors müssen erscheinen.

Donnerstag, den 22. Juni.

Afa-Mitglieder der „Grundstücksindustrie". Abends 6 Uhr im „Apollo-Saal" der „Neuen Philharmonie", Berlin, Köpenicker Straße 96/97, Versammlung. **Afa-Funktionäre der „Metall-Industrie".** Abends 6 Uhr „Germania-Säle", Berlin, Chausseestr. 110, Versammlung.

Zentralverband der Schuhmacher! Abends 6 Uhr findet eine wichtige Vertrauensmännersitzung der Fabrik- und Schuhbetriebe in den Berliner Konzerthallen, Kommandantenstr. 58/59, statt. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche 35, Gruppe Alt-Metall. Abends 6 Uhr bei Gewara, Melchiorstr. 15, Gruppenversammlung. Bericht von den Verhandlungen.

Maschinisten und Heizer. Bezirksversammlung Wedding. Abends 7 Uhr im Lokal Berlin, Liesenstr. 12. — Schöneberg Vorstadt. Abends 7 Uhr bei Schönrock, Berlin, Danziger Straße 93. — Neukölln. Abends 7 Uhr bei Kassun, Neukölln, Erbstr. 2.

Freitag, den 23. Juni.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Bezirksversammlung Bernau abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Inhaber: Grunewald, Bernau, Chausseestraße.

Friedensgesellschaft. 7 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Berlin. Vortrag Professor Bernheim über: „Die Bedeutung der kommenden Kriege".

Arbeitersport

Märkische Spielvereinigung. Heute 6¼ Uhr Fußballpropaganda-Wettspiel Brandenburg 92 1. Mannschaft gegen Adler I-Berlin auf dem Adler-Sportplatz Christiania-, Ecke Seestraße. Vorher Alte Herrenmannschaften.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75